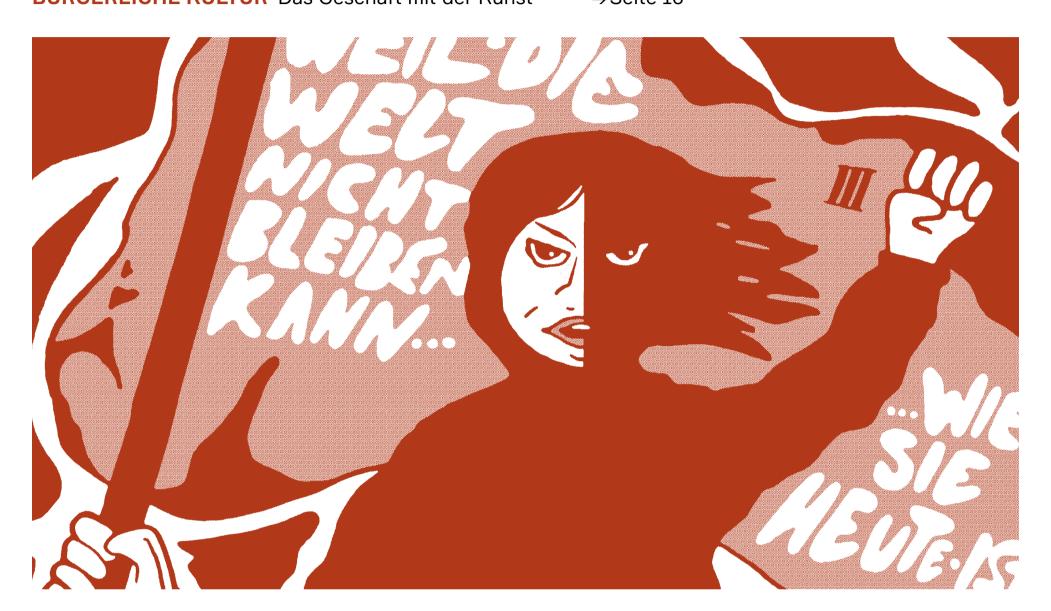
klassenkampf frauenkampf kommunismus

98

September/Oktober 2019 Fr.3.—/€2. www.aufbau.org

KLIMABEWEGUNG Der Kapitalismus wird nicht grüner FRAUENSTREIK Einschätzungen zum 14. Juni ITALIEN Salvini gegen Brüssel BÜRGERLICHE KULTUR Das Geschäft mit der Kunst

- → Seite 5
- → Seite 8
- → Seite 11
- → Seite 16



KOMINTERN

100 Jahre proletarischer Internationalismus

In Zeiten wieder entfachter imperialistischer Kriege um Einflussgebiete für das Kapital und damit verbunden eines widerlichen Nationalismus, ist die Gründung der Kommunistischen Internationale vor hundert Jahren, als proletarische Gegenposition, auch heute noch einige Gedanken wert.

(agkkzh) Im Dezember 1918 erreichten illegale Kuriere Moskau, bei sich hatten sie die «Rote Fahne» aus Berlin und «Der Weckruf» aus Wien. Mit Begeisterung lasen die Bolschewiki die Zeitungen der KommunistInnen und begrüssten ihren revolutionären Charakter.

Die Gründung der III. Internationale 1919 war das Resultat eines längeren Prozesses der eigentlich schon 1914 begann. Die ersten kriegerischen Auseinandersetzungen beendeten definitiv die Zweite Internationale (1889-1914). Die sozialdemokratischen Parteien der Krieg führenden Länder unterstützten die eigene Bourgeoisie und fanden sich darauf in verfeindeten Lagern wieder. Nur eine revolutionäre Minderheit widersetzte sich dieser nationalistischen Linie und organisierte sich in den Kriegsjahren zu eigenen internationalistischen Parteien, allen voran die Bolschewiki.

Gründungsprozess

Schon die Oktoberrevolution 1917 stand unter der Fahne der Weltrevolution und einer künftigen kommunis-

tischen Internationale. In der Resolution des Petrograder Sowjets der ArbeiterInnen- und Soldatendeputierten vom 25. Oktober 1917 zur Machtübernahme gingen die RevolutionärInnen davon aus, dass «das Proletariat der westeuropäischen Länder uns helfen wird, die Sache des Sozialismus bis zum vollen und dauernden Sieg zu führen». Die Bolschewiki konnten sich eine sozialistische Revolution nur in einem internationalen Massstab und im Kontext der internationalen Solidarität des Proletariats vorstellen. Im ersten Halbjahr 1918, als sich immer mehr ein Hinüberwachsen des imperialistischen Krieges in eine proletarische Weltrevolution abzeichnete, drängte die Schaffung einer neuen Internationale die Bolschewiki zu ersten praktischen Schritten. Eine Delegation des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees reiste nach Stockholm, um die Einberufung einer internationalen revolutionären Konferenz nach Petrograd vorzubereiten. Verschiedene weitere Massnahmen zur Vorbereitung der Konferenz gipfelten anfangs 1918 in einer Resolution, die den Standpunkt der revolutionären Linken zusammenfasste: «1. Zustimmung der Parteien und Organisationen, den Weg des revolutionären Kampfes gegen die eigene Regierung, für einen sofortigen Frieden zu beschreiten; 2. Unterstützung der russischen Oktoberrevolution und der Sowjetmacht.» Die Resolution wurde allen Organisationen, die an der Zimmerwalder Kommission beteiligt waren, zugestellt. Ende 1918 fiel die Entscheidung, mit praktischen Schritten die Gründung der Dritten Internationale einzuleiten.

I. Kongress

Die revolutionäre Internationale war das Gegengewicht zur Internationale der Vaterlandsverteidiger und Sozialchauvinisten, die den imperialistischen Krieg unterstützt hatte. Die Erneuerung der II. Internationale, und damit die Festigung der Hegemonie des Reformismus, sollte verhindert und ein Polarisierungszentrum für alle klassenbewussten revolutionären ArbeiterInnen geschaffen werden.

1919 konnte sich die Komintern auch die Revolution in Russland nur im Kontext des revolutionären Prozesses in Westeuropa, insbesondere in Deutschland, vorstellen. Die immer stärker werdende Orientierung auf den Prozess in der Sowietunion war zuerst eine «Notlösung», ungewollt, und hatte ihre Ursache im Abflachen des revolutionären Prozesses in Westeuropa.

Über die Gesamtsituation, das heisst den Vormarsch der Revolution und der Notwendigkeit eines internationalen Zentrums, bestanden unter den Delegierten des I. Kongresses kaum Widersprüche. Unterschiedlich wurde hingegen die Grundlage dieses Zusammenschlusses eingeschätzt. Die KPD verwies auf folgende Tatsachen: das Bestehen sehr weniger und sehr junger Kommunistischer Parteien, fehlende Repräsentation verschiedener Länder und dass viele KommunistInnen noch über keine eigene Organisation verfügten.

Fortsetzung auf Seite 7

Inhalt

- Mobilmachung an der Strasse von Hormus «Ruge hermano, nosotros no olvidamos!»
- 4 «LebensschützerInnen»: Weltweites Erstarken mit politischer Agenda
- 5 Es geht ums Ganze
- 6 Der Kommunistische Widerstand in Nazideutschland
- 8 Frauenstreik erste Überlegungen zum 14. Juni
- 9 Was bedeutet der Frauenstreik für die Gewerkschaftsbewegung?
- 10 Italien und die Krise der neoliberalen Krisenlösungen
- 12 Mediterrane Metropole
- 13 Interview zu Kuba
- 14 Solidarisch mit den Solidarischen
- 16 Stell dir vor es ist Kunst und keiner sieht hin

POLITISCHE GEFANGENE

Liberté pour Théo!

Seit Ende Juni sitzt Théo, ein militanter Genosse der Revolutionären Antifaschistischen Zellen von Auvergne (CARA), in Nantes im Knast. Er ist Schweisser in einer Fabrik und wurde dort am 22. Juni von der Polizei geholt, da er gegen vorhergehende Auflagen verstossen hätte. Dazu kommt, dass gegen ihn ermittelt wird, weil ihm eine Aktion gegen den vormaligen französischen Umweltminister De Rugy vorgeworfen wird. Dieser war im Sommer dieses Jahres zurückgetreten, nachdem bekannt wurde, dass er auf Staatskosten Bankette schmiss, bei denen Hummer, Champagner und teure Weine serviert wurden und zu denen FreundInnen aus Politik und Kapital geladen wurden.

Während also Tausende Woche für Woche als Teil der Gelbwesten-Bewegung auf die Strasse gehen, um auf ihre prekäre Situation aufmerksam zu machen und die Politik der Mächtigen und Reichen anzugreifen, feierte dieser feine Pinkel mit Gleichgesinnten. Selbstredend, dass die politische Note dieses Gebarens instinktiv begriffen wurde – da Tränengas und Gummischrot, dort Hummer und Champagner. Entsprechend machten sich GenossInnen der maoistischen kommunistischen Partei (PCM) auf, um die Wohnung des Ministers zu bemalen: «Gauner De Rugy – du wirst dafür bezahlen» prangte fortan in roter Farbe an der Wand. Dieser gemalte Spruch bildet nun Teil der Anklage gegen Théo.

Die Repression in diesem Fall richtet sich gegen Théo und all jene, die im vergangenen Jahr gegen die Regierung von Macron und all das, was diese repräsentiert, demonstriert haben. Die Bewegung der Gelbwesten schreitet schier unerschütterlich voran und lässt sich von den Finten der Herrschenden nicht beeindrucken. Seien es zu Beginn der Bewegung das vermeintliche Entgegenkommen der Regierung bezüglich einiger der Forderungen der Strasse, die Integrationsversuche über «BürgerInnenversammlungen» und Lockrufe der parlamentarischen Politik oder wie in diesem Fall eben die harte Hand der Repression. Verteidigen wir die Bewegung der Gelbwesten – verteidigen wir ihre Gefangenen!

Schreibt Théo: Théo El Ghozzi / Quartier «Arrivant» / Numéro d'ecrou 69139 / Centre pénitentiaire de Nantes, Rue de la Mainguais / F-44300 Nantes

Mehr Informationen: https://www.jeunesrevolutionnaires.org/



Editorial

(red) Zwischen dem 24. und dem 26. August 2019 fand der diesjährige G7-Gipfel im französischen Biarritz statt. Während in Nordsyrien und im Irak das Ackerland infolge kriegerischer Akte der Daesh brennt und im Amazonasgebiet der Urwald für kurzfristige Landgewinnung zerstört wird, verschanzten sich Macron, Trump, Johnson und Co. in Biarritz, bewacht von über 13'000 Sicherheitskräften. Medialen Berichten zufolge mass sich der «Erfolg» des Treffens weniger an inhaltlichen Ergebnissen, sondern daran, dass es Macron geschafft habe, Trump bei Laune zu halten und Risse zwischen verfeindeten Kapitalfraktionen zu vertuschen. Tausende versammelten sich in Protestcamps rund um Biarritz, um ihren Kampf gegen diese Farce auf die Strasse zu tragen. Eine Demonstration in Bayonne endete im Tränengas und mit zahlreichen Verhaftungen. Nachhaltige Veränderungen tun Not, sagen sich viele bewegte Menschen, welche sich in der Klimabewegung, in der Frauenbewegung oder in einem Antiglobalisierungscamp engagieren.

Auch wir befassen uns stetig mit der Frage, wie durch einen schrittweisen organisierten Aufbau von Gegenmacht ein revolutionärer Umbau der Gesellschaft erzielt werden könnte. Weder Produktionsbedingungen noch politische Strukturen werden sich durch Zusammenkünfte und Entscheidungen von gewählten PolitikerInnen und nichtgewählten KonzernchefInnen zu Gunsten der Massen verändern. Wichtige Elemente, um Antworten zu finden, sind nebst der eigenen Praxis die Analyse aktueller Bewegungen und eine Aufarbeitung der eigenen Geschichte. Daher befassen wir uns in dieser Ausgabe nebst Beiträgen zur Frauen- und zur Klimabewegung auch mit historischen Themen zur Frage der Organisierung.

A propos Veränderung: Der aufbau sieht ab dieser Nummer ein wenig anders aus als bisher. Wir möchten das Layout klarer, strukturierter und aktueller gestalten, ohne den besonderen Charakter, der zu unserer Zeitung gehört in Frage zu stellen. Rückmeldungen und LeserInnenbriefe nehmen wir sehr gern entgegen.

Für neue Leserinnen und Leser:

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen.

Schreib uns!

IMPERIALISMUS

Mobilmachung an der Strasse von Hormus

Das Säbelrasseln im Nahen Osten geht weiter. Als Kristallisationspunkt der Auseinandersetzung hat sich der viel befahrene Persische Golf erwiesen. Hier verdichten sich eine Vielzahl wirtschaftlicher wie militärischer Interessen auf engstem Raum.

(az) Im Juni stieg die Kriegsgefahr im Nahen Osten erneut. Erst wurden zwei Tankschiffe beschädigt, wofür die USA und Saudi Arabien den Iran verantwortlich machten. Am 20. Juni schoss der Iran eine amerikanische Drohne ab, worauf Trump am darauffolgenden Tag einen Luftangriff auf den Iran erst in letzter Minute absagte. Angegriffen wurde dann aber doch, und zwar via Sanktionen und Cyber-Attacken auf die iranischen Revolutionsgarden. Auch im Juli gingen die Auseinandersetzungen weiter. Erst stoppt der Iran einen britischen Tanker, danach antwortete Grossbritannien mit der Festsetzung eines iranischen Tankers. Seitdem diskutiert die Welt über einen neuen Militäreinsatz zum Schutz der Handelsschiffsfahrt.

Dass sich dieser Konflikt in der Strasse von Hormus abspielt, ist kein Zufall. An der schmalsten Stelle der Meeresenge liegt der Iran nur 55 Kilometer vom gegenüberliegenden Oman entfernt. Die vielbefahrene Seeroute ist zentraler Ort des Ölhandels. Der Persische Golf verbindet die führenden Ölproduzenten mit den Abnehmerstaaten. Sinkt die Transportkapazität durch die Kriegsgefahr, steigt der Ölpreis. Wer die Strasse von Hormus kontrolliert, hat entsprechende Macht auf die weltweite Wirtschaft. Entsprechend rigoros will man in den imperialistischen Zentren die freie Fahrt der Rohstoffe verteidigen.

Aktion und Reaktion

Die Ereignisse der vergangenen Monate sind das Ergebnis globaler Asymmetrien. Ungleiche Machtverhältnisse rufen bei den schwächeren Kräften in der Regel ein absehbares Verhalten hervor. Mit möglichst wenig Einsatz gilt es einen möglichst grossen Effekt zu erzielen. Mit diesem Prinzip konnte sich Nordkorea jahrzehntelang an den Verhandlungstisch drängen. Diesem Prinzip folgt auch der Iran, wenn er sich in Militäreinsätzen eines Schiffes bemächtigt. Wohl weiss das Land, dass es militärisch unterlegen ist. Allerdings bilden der Persische Golf die Schwachstelle etlicher Staaten, die auf Öl angewiesen sind. Die Intention des Irans ist einfach: Kann die Gefahr an der Strasse von Hormus erhöht werden, bildet dies einen Gegendruck zu den von den USA erlassenen Sanktionen infolge ihres einseitigen Ausstiegs aus dem Atomabkommen. Dies würde den Iran dank Unterstützung einiger europäischer Staaten zurück an den Verhandlungstisch bringen. Allerdings ist dies ein Spiel mit dem Feuer, denn die USA und einige europäische Staaten sind durchaus bereit, ihre Interessen militärisch durchzusetzen.



Brennender Tanker, der am 13. Juni angegriffen wurde. Bis heute ist unklar, wer dahinter steckt.

Die EU am Persischen Golf verteidigen

In den europäischen Ländern ist man gespalten, wie auf den iranischen Druck zu reagieren ist. Die einen fordern mehr diplomatische Interventionen, die anderen ein militärisches Eingreifen. Wichtiger allerdings als die Frage, was man tun muss, ist die Frage, welche Rolle die USA dabei spielen sollen. Grossbritannien forderte im Juli noch eine rein europäische Mission, hat sich nun aber besonnen und ist bereit unter militärischer Führung der USA zu funktionieren. Frankreich hingegen will als vereinte europäische Stimme handeln. Unter diesem Vorzeichen ist es auch zu verstehen, wieso Macron den iranischen Aussenminister an den G7-Gipfel in Biarritz einlud und nun versucht, ein Treffen zwischen Trump und dem iranischen Präsidenten zu organisieren. Dies hat allerdings weniger mit einer von europäischen Medien attestierten Vernunft zu tun, denn mit Macrons persönlichem Interesse, sich als Vermittler zu inszenieren, als auch mit Frankreichs Interessen in der Region. Dieses besitzt einen militärischen Stützpunkt in Abu Dhabi und hofft auf mehr Einfluss auf die Vereinigten Arabische Emirate, die im Gegensatz zu den USA kein Interesse am militärischen Konflikt haben und jüngst auf Abstand zu den USA gingen.

In Deutschland unterstützt man Frankreichs vorgehen, ist allerdings innenpolitisch gespalten, ob es nicht doch einen militärischen Einsatz bräuchte. Während die CDU/CSU bereit für einen Einsatz wären, gibt sich die SPD skeptisch. Manche Dinge ändern sich aber nie. So kann sich gerade der Deutsche Grünen-Chef Robert Habeck einen europäischen Militäreinsatz durchaus vorstellen. «Deutschland muss in Verantwortung gehen» und dürfte die Initiative nicht den Amerikanern überlassen, liess er anfangs August verlauten. Dieser Einsatz hiesse dann wohlwollend «europäische Mis-

sion» und «eine klare Rechtsgrundlage» müsse gegeben sein. Ins gleiche Horn bläst auch die grüne Ko-Vorsitzende Annalena Baerbock, die Deutschland eine fehlende «Führungsverantwortung» in der EU vorwirft, und eine verbesserte «europäische Rüstungszusammenarbeit» fordert. Bei den Grünen ist man vorbereitet für die nächste Regierungsarbeit.

Verschärfter Kampf um Rohstoffe

2012 gründete sich in Deutschland die Rohstoffallianz. Der Zusammenschluss grösserer deutscher Industrieunternehmen, darunter Bayer und ThyssenKrupp, sorgte sich um die Rohstofflieferung und forderte ein stärkeres staatliches Engagement bei der Rohstoffsicherung. Vorbild für den damaligen Vorsitzenden Dierk Paskert war die militärische Politik der USA und Chinas, die beide die Rohstoffversorgung als zentrales geopolitisches Interesse erkannt haben. So liess er 2013 in einem Interview verlauten: «Die Präsenz des US-Militärs am Persischen Golf oder der massive Ausbau der chinesischen Seestreitkräfte dient eben auch dem Schutz dieser Interessen.» Die offenen Worte der Industrie offenbaren zweierlei. Erstens benötigen der Kapitalismus und seine führenden Nationen einen freien Zugang zu Rohstoffen. Hierfür ist das Kapital bereit, auch kriegerische Auseinandersetzungen zu fördern. Zweitens täuscht die aktuelle Debatte um mögliche Militäreinsätze darüber hinweg, wie militarisiert die Gegend am Persischen Golf bereits ist. Die amerikanische Flotte kreuzt seit Jahrzehnten umher, genauso wie etliche Länder militärische Stützpunkte in den angrenzenden Ländern besitzen. Die weitere Aufrüstung erhöht einzig das Risiko, dass aus dem alten Säbelrassen bald schon ernst werden könnte.

REISEBERICHT

«Ruge hermano, nosotros no olvidamos!»

Der antifaschistische Widerstand und die Bewegung gegen Stadtaufwertung und Vertreibung fanden diesen Sommer in Barcelona zusammen. Dies am 15. August 2019 und im Rahmen des folkloristischen Quartierfestes «Fiesta de Gracia».

(az) Das proletarische Viertel Gracia liegt in der katalanischen Metropole Barcelona und ist für viele Aspekte bekannt: Etwa für grassierende Stadtaufwertung und Vertreibung der ansässigen Bevölkerung. Oder für einen in den letzten Jahren rapide gewachsenen Stellenwert des Tourismus – was mit der Stadtaufwertung Hand in Hand geht. Das Viertel steht auch für eine historische Widerstandskultur: Früher gegen den Faschismus, heute etwa gegen die massive Repression des spanischen Zentralstaates, die der katalonischen Unabhängigkeitsbewegung in den letzten Jahren entgegenschlug. Jeweils im August findet das weit über die Stadtgrenzen bekannte «Fiesta de Gracia» statt. Dieses Fest mit über zweihundertjähriger Geschichte mutierte in den letzten Jahren auch zu einem Anziehungspunkt der touristischen Massen.

Ermordung durch Nazis

2004 wurde der junge Antifaschist Roger («Ruge») am Rande dieses Festes von Nazis ermordet. Dies weil er intervenierte, als sich diese während den Festivitäten im Viertel breitmachten und Menschen anderer Herkunft belästigten und attackierten. Am 15. August 2019 jährte sich dieses Ereignis zum fünfzehnten Mal. Die jährlich stattfindende Demonstration für «Ruge» erhielt

im Kontext von akuter Stadtaufwertung und Vertreibung einen besonderen Charakter. Schon Tage vor dem 15. August – dem offiziellen Festbeginn – prägten Wandzeitungen und Transparente das Bild des Quartiers. Das Fest wurde thematisiert, einerseits als Tourismusmagnet und Beschleuniger der Stadtaufwertung, anderseits auch als potentiell ermächtigendes Moment, in dem die Vielfalt proletarischer Kämpfe sichtbar werden kann. Statt das Fest als «Kommerz» und «Mainstream» abzulehnen, macht es sich die lokale Linke zu eigen: Nicht wenige der bekannten, bunt geschmückten Strassen thematisierten denn auch die Situation prekärer Jobs oder den Antifaschismus. Wer wollte, konnte im Strassentheater McDonalds und andere «Anbieter» von prekären Beschäftigungen vom Sockel holen.

Öffentlicher Raum – antifaschistisch angeeignet

Und man ging auf die Strasse, damit Ruge nicht vergessen geht: Weit über 1000 Menschen verschiedener Altersstufen zogen mit Spraydosen und Plakatierutensilien, aber auch mit Transparenten sowie Fackeln durch die engen Gassen von Gracia. «Ruge – Wir vergessen es nicht!» (siehe Titel des Artikels) wurde skandiert. Der öffentliche Raum wurde angeeignet, Parolen mittels Farbroller auf die Strassen geschrieben und Strassenzüge auf die Namen bekannter antifaschistischer Persönlichkeiten umgetauft. Der antifaschistische Kampf zeigte sich auch als Kampf um den öffentlichen Raum. In der Geschichte und Gegenwart des Stadtviertels Gracia ist dies untrennbar voneinander



«Ruge» bleibt in den Strassen lebendig.

MARSCH FÜRS LÄBE

«LebensschützerInnen»: **Weltweites Erstarken mit** politischer Agenda



Weltweit rotten sich immer mehr Fundamentalist-Innen und reaktionäre HetzerInnen zusammen, um an sogenannten Lebensmärschen gegen Abtreibung, gegen Selbstbestimmung und gegen LGBTQI* zu protestieren. Auch wenn die einzelnen Organisationen und Veranstaltungen direkt nur wenig miteinander zu tun haben und dezentral agieren, so profitiert die weltweite Mobilisierung doch von denselben politischen Tendenzen.

(agf) Am 14. September protestieren fundamentalistische ChristInnen, zusammen mit EvangelikanerInnen, Sektenund Missionsmitgliedern gegen das Recht auf Abtreibung und für den einen richtigen, reaktionären Lebens- und Liebesstil. Der «Marsch fürs Läbe» findet zum zehnten Mal in der Schweiz statt, in Zürich ist es die dritte Austragung nach drei Jahren Abwesenheit.

Weltweit vertreten, wenig koordiniert

Wie im Jahr davor ist auch in diesem Jahr nebst hiesigen AbteibungsgegnerInnen auch mit Delegationen derselben aus dem Ausland zu rechnen- denn die proklamierte «Lebensrechtsbewegung» hat weltweit AblegerInnen. Für die Märsche in elf weiteren europäischen Ländern wird auf der Website des «Marsch für's Läbe» aufgerufen: Von Frankreich bis Polen, von Belgien bis nach Portugal wird unter unterschiedlichen Mottos aber stets mit demselben Ziel protestiert. Verbreitet sind die Lebensmärsche auch in Südamerika sowie in den USA und Kanada. Dass die VeranstalterInnen nicht nur aufeinander aufmerksam machen, sondern auch miteinander bekannt sind, wird beim Blick auf die zahlreichen Mobilisations- und Grussvideos deutlich, welche auf der Website des «Marsch fürs Läbe» geschaltet sind. Von der US-amerikanischen Abtreibungsgegnerin im Hosenanzug bis zum polnischen Pastor, richten hier unterschiedliche Personen ihre Grussbotschaften aus. Auch weltweit zeitlich koordinierte Gebete finden immer wieder statt.

Doch wie vernetzt sind die selbsternannten LebensschützerInnen wirklich? Bei genauerer Betrachtung wird ersichtlich, dass kein zentralisiertes Netzwerk besteht. Der kleinste gemeinsame Nenner ist der Kampf gegen Abtreibungen- die beteiligten Gruppen, das auftreten und die Organisationsstrukturen unterscheiden sich jedoch weitgehend in der Art ihres Auftretens, ihrer Popularität und den Kanälen, die sie bedienen.

Doch auch wenn die Märsche weltweit sehr unterschiedlich ausfallen und die Vernetzung eher im Internet oder durch Einzelpersonen, statt über grössere Netzwerke zu passieren scheint, wächst ihre Popularität auf demselben Nährboden und hängt ihr Gelingen und Zulauf von denselben Faktoren ab.

Der politische Nährboden passt

Zunehmender Rechtsdrall in der parlamentarischen Politik, die anhaltende Krise des Kapitalismus, erstarkende rechtsextreme Strukturen auf den Strassen und ein damit einhergehendes Erstarken reaktionärer Gedanken und Tendenzen inmitten der Gesellschaft, bereiten der Lebensbewegung den Weg. Während Antifeminismus wieder Morgenluft schnuppert, verschwimmt die Grenzen des Denk- und Sagbaren dank Trump, Bolsonaro und Konsorten immer weiter. Während gerade, aber nicht nur, in Ländern Osteuropas und Südamerikas die Säkularisierung zu stagnieren scheint, indem christlich-fundamentalistische Ideen und deren VertreterInnen direkten Einfluss auf das Staatsgeschehen nehmen, wird Raum geschaffen für den Wunsch nach einer Rückbesinnung auf sogenannte christliche Werte und eine Rückkehr zu konservativen Familienmodellen und Rollen. Auch die Hetze gegen Geflüchtete und die medial wie politisch befeuerte Angst vor der «Islamisierung» und «importiertem Terror» tragen zu diesen Entwicklungen bei, indem etwa ein vormals christliches Europa und deren Werte als Kulturgut unter Angriff inszeniert wird. So verwundert es beispielsweise nicht, dass etwa «Zukunft-CH» zu den grössten Trägerorganisationen des Schweizer «Marsch fürs Läbe» gehört: Eine Stiftung mit dem Ziel die «schleichende Einführung der Scharia in Europa zu enttarnen.»

Auch der Schweizer «Marsch fürs Läbe» wird von den herrschenden politischen Verhältnissen toleriert. Organisator des Marsches und Präsident des gleichnamigen Vereins ist der ehemalige Zürcher SVP Gemeinderat Daniel Regli. Nicht nur, aber auch dank Reglis politischer Bekanntheit und Polarität- Regli sorgte bereits mehrfach mit krasser Homophobie für Furore- lassen sich Jahr für Jahr politische SprecherInnen von SVP, CVP, EDU und EVP für Auftritte am Marsch gewinnen. Durch diese Verankerung in der parlamentarischen Politik versucht der «Marsch fürs Läbe» eine demokratische Legitimität der eigenen Anliegen zu erringen. So beruft sich der Verein «Marsch fürs Läbe» immer wieder auf das «demokratische Demonstrationsrecht» und Bürgerrecht, «welches auch für AbtreibungsgegnerInnen gilt».

Kein isoliertes Aktionsfeld

Ausführliche Netzwerkrecherchen von Zeitungen wie der deutschen TAZ und der Schweizer WOZ haben schon länger versucht, die Zusammenhänge zwischen aufstrebenden konservativen oder rechtsnationalen Parteien und dem Erstarken der fundamentalistischen Abtreibungsgegnerschaft zu ermitteln. Demzufolge existieren nachweisbare, personelle Allianzen zwischen aufstrebenden Parteien wie der AFD und der Lega, etablierten Parteien wie der PIS und fundamentalistischen ChristInnen, EvangelikanerInnen und Missionsmitgliedern.

Auf der anderen Seite tragen die selbsternannten LebensschützerInnen ihren Teil dazu bei, reaktionären Positionen politische Legitimität zu verleihen und scheinbare Dringlichkeit und Handlungsbedarf herauf zu beschwören. Indem Kinder, Menschen mit Behinderungen und gesellschaftlich ausgegrenzte Personen auf die Strasse gezerrt werden, schmücken sich die FundamentalistInnen mit vordergründigem Humanismus, welche die klare politische Agenda solcher Veranstaltungen in den Hintergrund rücken lässt und das was hier passiert als Akt der Menschenliebe inszeniert.

Unser Ziel sollte es deswegen sein, die selbsternannten LebenschützerInnen und deren politische Agenda als solche zu enttarnen und aufzuzeigen, wie politisch das ist, was als religiös verkauft wird. Die proklamierten Forderungen haben mit christlicher Nächstenliebe nur wenig gemein, denn es sind genau jene politischen Kräfte hier am Werk, denen das Leben all jener, die nicht in ihr enges Weltbild passt, nichts wert ist. Leben zu schützen bedeutet für sie nur, für das diffuse Recht eines Fötus einzustehen, um in der staatlichen Reproduktions- und Familienpolitik mitreden zu können. Oftmals sind jene, die hier protestieren und ihre politischen Verbündeten nämlich dieselben, die mit Sozialabbau, asozialer Familienpolitik und Kürzungen dagegen anarbeiten, dass jeder geborene Mensch auch ein menschenwürdiges Leben führen darf.

Nur indem der «Marsch fürs Läbe» und dessen Schwesteranlässe in der Schweiz- aber auch weltweit politisch kontextualisiert und nicht als isolierte Anlässe einiger weniger religiöser, aber weitgehend unpolitischer SpinnerInnen betrachtet werden, kann die Gefährlichkeit und Tragweite dieser Allianzen richtig eingeschätzt, kritisiert und letzten Endes auch bekämpft werden.

MERKE





Beide Bilder der Zivis sind von den Climate Justice Mobilisierungen in Zürich.

Der Zivi und der uniformierte Einsatzleiter der Stapo Zürich traten diverse Male im Team auf...

Aufruf: schickt uns bitte eure Zivibilder an: info@aufbau.org



KLIMABEWEGUNG

Es geht ums Ganze

Die Klimabewegung Schweiz befindet sich ein gutes Jahr nach den ersten Mobilisierungen in einer Konsolidierungsphase. Auf der einen Seite steht eine junge, breit aufgestellte und aktionistische Basisbewegung, andererseits versuchen etablierte Parteien vom Erfolg und der Präsenz zu profitieren und sich in die Thematik reinzudrängen.

(agw/raw) Die grosse Fragestellung innerhalb der Klimabewegung dreht sich im Moment darum, was ihre konkreten Forderungen an die parlamentarische Politik sein könnten. Können sie sich auf die «gewählten PolitikerInnen» verlassen und kann die Klimakrise innerhalb des kapitalistischen Systems überhaupt gelöst werden?

Die Antworten auf diese Fragen fallen, entsprechend den überaus heterogenen politischen Positionen der Klimabewegten, sehr widersprüchlich aus: Es gibt die Position, dass die Massenmobilisierungen bloss den Druck auf die «gewählten PolitikerInnen» erhöhen sollen, «damit diese ihre Arbeit machen», sprich bestehende Abkommen zum Klimaschutz wie das Pariser Abkommen konsequent durchsetzen sollen. Durch die grössere Präsenz der Jungparteien von Sozialdemokratie und Grünen innerhalb der lokalen wie überregionalen Klimastreik-Kollektive ist eine Tendenz zur «klassischen» reformistischen Politik mit Volksinitiativen und politischen RepräsentantInnen erkennbar. Im Widerspruch dazu steht eine gleichermassen in der Bewegung präsente, antikapitalistische Haltung, welche davon ausgeht, dass die Klimakrise im Kapitalismus nicht zu lösen ist und entsprechend auch die bürgerliche Demokratie mit ihren Institutionen ablehnt.

Während der reformistische Teil der Bewegung in der Schweiz im Moment vor allem Bezug auf die Parlamentswahlen nimmt und unter anderem eine «Klima-Charta» online gestellt hat, zu der Kandidierende Stellung nehmen können («Wir wollen Themenpolitik, keine Parteipolitik»), sind aus dem antikapitalistischen Lager durchaus Tendenzen abzusehen, einen konfrontativeren Kurs einzuschlagen und klarer Position zu beziehen. Das zeigte sich beispielsweise bei den Bankblockaden durch das «Collective Climate Justice» in Basel und Zürich Anfang Juli oder im Entstehen von Bewegungen wie Extinction Rebellion (XR, «Rebellion gegen das Aussterben»). Die Bewegung entstand vor einem guten Jahr in Grossbritannien und stellt durchaus radikale Forderungen. XR traut den Regierungen schnelles Handeln aber nicht zu, zur Umsetzung sollen BürgerInnenversammlungen («citizens assemblies») einberufen werden. Aktionen sind ein wichtiger Teil zur Erreichung ihrer Ziele, in Grossbritannien gab es durch XR massive Blockadeaktionen und Störungen von Parlamentssitzungen. Die Bewegung hat sich strikte Gewaltfreiheit auf ihre Fahnen geschrieben und soll analog zu den Klimastreik-Kollektiven offen für alle Positionen sein.

Klimaschutz im Kapitalismus?

Mittlerweile ist XR auch in der Schweiz angekommen. Bereits gibt es in einigen Städten Regionalgruppen. Aktuell sind sie, laut eigener Aussage, noch zu klein für grosse Aktionen. 2020 soll sich dies jedoch ändern. Dann sollen breite Aktionen von zivilem Ungehorsam stattfinden. Die inneren Widersprüche zeigen sich jedoch bereits jetzt.

Zum Verhindern des Voranschreitens des Klimawandels hält XR eine radikale Reduktion der Güterproduktion und des Konsums für unumgänglich. Doch wie sich diese Forderungen im Kapitalismus tatsächlich umsetzen liessen wird offen gelassen, anderseits wird aber auch keine klar antikapitalistische Position und Perspektive formuliert.

Dass die Bewegung in ihrer eigenen Widersprüchlichkeit gefangen ist, wird in vielen Belangen deutlich. Dies entspricht einerseits dem breiten Bewegungscharakter, anderseits ist die Klimafrage aktuell vielfach erstes Politisierungsmoment vieler Jugendlicher. Klare Positionierungen müssen also erst im Rahmen der Praxis und anhand der inneren Widersprüche gebildet werden.

Trotzdem ist es erstaunlich, dass gerade das Pariser Klima-Abkommen von 2015 weiterhin einen zentralen Bezugspunkt für die Klimabewegung darstellt. Das Abkommen beinhaltet zwar die Zielsetzung, die Erderwärmung auf 1,5 bis 2 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Allerdings gibt das Abkommen weder einen weltweiten und gemeinsamen «Fahrplan» zur Erreichung dieses Ziels vor, noch wurden bindende nationale Reduktionsziele oder, im Falle des Nichterreichens, Sanktionsmechanismen vereinbart. Kein Wunder also, dass global die CO2-Emissionen weiterhin steigen statt sinken. Das Abkommen stellt also vor allem den fehlenden Willen und die Unfähigkeit der Herrschenden dar, im bestehenden Wirtschaftssystem die Herausforderungen des Klimawandels anzugehen. Umso widersprüchlicher, weiterhin auf einer «Umsetzung» dieses Abkommens zu

Forderungen an die Herrschenden

Der Widerspruch zwischen der eigentlich deutlich angebrachten Kritik an den RepräsentantInnen der bürgerlichen Demokratie sowie den (besonders) umweltverschmutzenden Konzernen und der tatsächlichen Praxis, welche mit konkreten Forderungen der Bewegung an die Herrschenden verbunden wird, zeigt sich auch andernorts. Allen antikapitalistischen Parolen zum Trotz werden auch bei Aktionen wie Bankblockaden hauptsächlich konkrete Forderungen an die Konzerne, wie der «sofortige Ausstieg der UBS aus Projekten und Unternehmungen im Bereich fossiler Brennstoffe» gestellt.

Die Forderung nach «nettonull» Emissionen bis 2030, also dass der Ausstoss und die Absorption von CO2 einander angepasst werden, bietet gar reichlich Anknüpfungspunkte für den «innovationsfreundlichen» Wirtschaftsflügel. Dieser beharrt stets darauf, dass es eine rein technologische Lösbarkeit für den Klimawandel gebe, ein politischer Wandel also keineswegs nötig sei.

In dieselbe Kerbe hauen, unter Einbezug der Forderung nach neuen Arbeitsplätzen, auch die Gewerkschaft Unia mit ihrem bereits vor einigen Jahren skizzierten «öko-sozialen Umbau» der Wirtschaft (Förderung von nachhaltigen Wirtschaftszweigen und damit Schaffung von Arbeitsplätzen in der Schweiz) und die SP Schweiz in Teilen ihres jüngst vorgestellten «Marshallplans».

Die letzte Forderung der Klimabewegung schliesslich, die der «Klimagerechtigkeit» bringt zwar ansatzweise die soziale Frage, beziehungsweise den Punkt, dass die Ärmsten am meisten unter dem Klimawandel zu leiden haben, und einen gewissen Internationalismus auf den Tisch. Die Forderung bleibt aber diffus, weil eine Perspektive darin völlig fehlt. Dabei würde die aktuelle Debatte um die Auswirkungen des Klimawandels durchaus genügend Ansatzpunkte für die Verbindung von Ökologie und der Klassenfrage bieten.

Um einen tatsächlichen Wandel in Sachen Umweltund Klimazerstörung zu erreichen, müsste die Klimabewegung ihre oft formulierte Parole «system change not climate change» konsequenter politisch fassbar machen. Der richtige Impuls vieler Klimabewegten sollte seinen Ausdruck in einer antikapitalistischen, revolutionären Position finden. Statt weiterhin Appelle an die «gewählten PolitikerInnen» zu formulieren, braucht es einen Bruch mit der bürgerlichen Demokratie als Herrschaftsform des Kapitals.

Kämpfe verbinden

Den antikapitalistischen Kräften innerhalb der Klimabewegung kommt deshalb die wichtige Rolle zu, andere Ansatzpunkte mit der ökologischen Frage zu verbinden. Dass die Kriege um Ressourcen und Einflussgebiete überall auf der Welt immer auch mit massiven Umweltzerstörungen einhergehen, kommt kaum zur Sprache. Aktuellstes Beispiel sind die grossen Zerstörungen von Ackerland in Syrien durch Brandstiftungen. Ein anderes Beispiel ist die Verwendung von Uranmunition durch die US-Armee in den Kriegen gegen den Irak 1992 und 2003 oder beim NATO-Angriff auf Jugoslawien. Die Folgen davon sind bis heute zu sehen und spüren. Auch die Frage der Migration könnte angesichts der drastischen Auswirkungen des Klimawandels, welche unzählige Menschen zur Flucht zwingen, vermehrt mit der ökologischen Frage verknüpft und eine internationalistische Position formuliert werden. Entsprechend sollten auch die verheerenden Waldbrände im Amazonasgebiet in den Kontext der aktuellen faschistischen Regierung Jair Bolsonaros gesetzt und auf das Hofieren der europäischen Regierungen hingewiesen werden.

Neben dem Massencharakter der Klimastreiks liegt die Stärke der Bewegung beziehungsweise der von ihr aufgeworfenen Fragen darin, dass sie die Probleme, die der Kapitalismus tagtäglich produziert, so verallgemeinert auf den Punkt bringt. Es liegt an den antikapitalistischen Kräften innerhalb der Bewegung ihre Position in aller Konsequenz in die Mobilisierungen hineinzutragen, den kapitalismuskritischen Instinkt der Bewegung, weiterzuentwickeln und sich so den Schönfärbereien eines «grünen Kapitalismus» entgegenzustellen. Dabei gilt es zu betonen, dass es in der jetzigen Situation keinesfalls bereits darum geht, sich an Fragen der konkreten perspektivischen Umsetzung - welche Energieressourcen sollen wie genutzt werden? - aufzureiben. Viel wichtiger ist es, dass mit dem Umsturz der bestehenden Produktionsverhältnisse überhaupt erst die Grundlage geschaffen werden kann für die Organisation einer Produktionsweise und Gesellschaftsform, die sich gleichermassen an den Bedürfnissen aller orientiert aber auch ohne die Zerstörung des Planeten funktioniert. Es bleibt keine Zeit, um auf die Umsetzung der Forderungen der Klimabewegung zu warten, der Systemwandel muss zuoberst auf die Agenda rücken.





Links: Gemeinsame Massenaufmärsche wie hier in Berlin dienten der KPD und dem RFB als Propagandaplattform Rechts: Ernst Thälmann, Vorsitzender des Rotfrontkämpferbundes, 1933 verhaftet und vor 75 Jahren im KZ Buchenwald ermordet.

ANTIFASCHISMUS

Der Kommunistische Widerstand in Nazideutschland

Dieser Artikel entstand im Gespräch mit Theodor Derbent, Autor eines Buchs über den deutschen kommunistischen Widerstand im III. Reich. Er handelt von der wenig bekannten Geschichte derjenigen, die mit dem Fernziel einer sozialistischen Revolution unermüdlich gegen Hitler und dessen Schergen kämpften.

(agafz) In einem Gastbeitrag aus Deutschland zum 75. Jahrestag des Attentats auf Adolf Hitler widmete die NZZ Claus Schenk Graf von Stauffenberg eine volle Seite. Der Wehrmachtsoffizier war führendes Mitglied des Regimeinternen Komplotts vom 20. Juli 1944. Bei der sogenannten Operation Walküre sollte der «Führer» mittels einer Sprengladung getötet werden. Das Unternehmen scheiterte bekanntlich. Lobhaft wird im besagten Artikel erklärt, dass das Attentat «auch daran erinnert, dass der demokratische Wille nicht einfach Volkswille ist, sondern Volkswille auf der Grundlage universaler Menschenrechte.» Wie üblich in der bürgerlichen Geschichtsschreibung wird suggeriert, dass der Widerstand gegen den Nationalsozialismus im III. Reich nur Sache aristokratischer Putschisten und ein paar jungen Katholiken der «Weissen Rose» gewesen sein soll.

Die KPD: Vom Widerstand zur Revolution

Der Widerstand der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) begann einiges vor dem Ausbruch des Krieges. Schon in den 1920er Jahren führte diese zum Teil auch bewaffnete Kampagnen gegen die Etablierung Nationalsozialistischer Massenorganisationen wie der SA in den Arbeiterquartieren. In den 1930er Jahren organisierte die KPD eine Million Mitglieder, Männer und Frauen, unter sich. Ihr klandestiner Militärapparat war Teil einer breiteren Milizorganisation: dem Roten Frontkämpferbund mit 100'000 Mitgliedern. Im Januar 1933, als die NSDAP an die Macht kam, reagierte die KPD mit Streiks und Demonstrationen. Die neuen Machthaber antworteten mit Repression. Die KPD wurde verboten und innerhalb weniger Monate wurden zehntausende GenossInnen verhaftet. Tausende wurden ermordet oder zu Tode gefoltert.

In dieser prekären Situation versuchte die KPD, in jeder grösseren Arbeiterstadt ihre Organisationsorgane beizubehalten. Trotz Klandestinität führten sie ihre Aktivitäten auf verschiedenen Ebenen weiter: antifaschistische Propaganda, Sabotage der Kriegsproduktion, Organisierung von Gefangenennetzwerken in den Lagern, Spionagearbeit und bewaffneter Widerstand im In-und Ausland. Die Archive der Gestapo bestätigen diese unermüdlichen Aktivitäten. Diese zeigen zum Beispiel, dass 1936 über 1.5 Millionen kommunistische Zeitungen, Flugblätter oder Broschüren von der Polizei im ganzen Reich beschlagnahmt wurden.

Sabotageaktionen gab es viele. Eine besonders spektakuläre Arbeit leistete das Wollweber-Netzwerk. Über die klandestine Organisation der Internationale der Seeleute und Hafenarbeiter (ISH) wurden die Waren, die auf den Schiffen transportiert wurden oder die Schiffe selbst, sabotiert. Eine Technik bestand darin, dem Brennstoff einen kohleähnlichen Explosivstoff beizumischen. Mitten auf Hoher See führte dies zu fatalen Explosionen. Dutzende von Kriegsschiffen wurden mit dieser Methode versenkt.

Die KommunistInnen, die das Reich verlassen konnten, organisierten in den benachbarten Länder Zentralen, wo sie den inneren Widerstand über den Versand von Material und Militanten unterstützten. Es sind auch diese ExilkommunistInnen, die sich in den folgenden Jahren zu tausenden am Bürgerkrieg in Spanien beteiligen. Viele von ihnen schlossen sich zudem als PartisanInnen an den Widerstandskämpfen in Griechenland, Frankreich, Belgien, Polen, Albanien, Jugoslawien oder der Slowakei an. In Frankreich wurde der für die Deportation französischer, widerständischer ArbeiterInnen verantwortliche SS-General von einem deutschen Kommunisten erschossen. Die Waffen für diese international koordinierte Operation wurden in Paris von einer Zelle, bestehend aus jungen deutschen KommunistInnen, die im Führungsstab der Seestreitkraft arbeiteten, gestohlen. Der Beitrag dieser InternationalistInnen an der Résistance fand auch auf symbolischer Ebene seine Wertschätzung: Die französischen PartisanInnen, die Ende August 1944 an der Siegesparade in Nîmes teilgenommen hatten, entschieden, dass die deutschen GenossInnen an der Spitze mitmarschieren und die Siegesfahne tragen sollten.

In den Arbeitslagern stellte die SS Gefangene als Hilfskräfte an. Den Gefangenen, denen diese «priviligierten» Stellen zuerst vergeben wurden, wurden diese oftmals wegen Diebstählen und Rivalitäten wieder entzogen. Über die Zeit konnte die KPD diese Stellen für ihre Leute gewinnen. In dem sie der Lagerführung Kooperationsbereitschaft vorgaukelten, vermochten sie die Vernichtungsmaschinerie zu schwächen. So wurden zum Beispiel mittels Identitätstausch zahlreiche zum Tod verurteilten Häftlinge gerettet. Widerstandskämpfer sabotierten in den Lagern erfolgreich die Kriegsproduktion, eliminierten Spitzel und bereiteten sich gleichzeitig für den bewaffneten Aufstand vor. Dieser wurde teilweise auch erfolgreich umgesetzt. Zum Beispiel in Buchenwald: Als sich die Alliierten noch rund 50 Kilometer vor dem dortigen Konzentrationslager befanden, befreiten sich die dort Inhaftierten selber und machten ihrerseits 150 Gefangene aus den Reihen der flüchtenden SS.

Die Saefkow-Jacob-Bästlein Organisation

Die drei Metallarbeiter Saefkow, Jacob und Bästlein waren in der KPD auf Bezirksebene aktiv. Nach dem Machtantritt der NSDAP organisierten sie den Übergang ihrer Organisation in den Untergrund. Alle drei wurden jedoch gleich 1933 verhaftet und in verschiedenen Konzentrationslagern untergebracht. Als sie aus der Haft freikamen, begannen sie, Kontakte in kommunistische und antifaschistische Kreise rund um Berlin aufzubauen. Ziel war, dem zersplitterten Widerstand eine zentrale Leitung zu geben. Mit der Zeit entstanden so feste Verbindungen zu Widerstandsgruppen in deutschen Grossstädten, wie

Hamburg, Leipzig, Dresden oder Magdeburg. Ab 1943 wagten sie den Schritt von der Vorbereitungsphase in die Offensive. Die Gruppe zählte mittlerweile über 400 MitgliederInnen und pflegte Kontakte zu weiteren konspirativen Netzwerken. Das Trio Saefkow-Jacob-Bästlein wurde als politisch-organisatorische Führung der Organisation anerkannt und handelte teils als operative Leitung der KPD im Inland.

Trotz der Kriegssituation war die theoretische Auseinandersetzung innerhalb der illegalen KPD hoch und diente der Ausarbeitung der offiziellen Parteilinie. Dabei wurde, mitunter der Berücksichtigung eines an der Macht stehenden Faschismus, an die Notwendigkeit einer straffen Strukturierung als Kaderorganisation geglaubt. Aufgrund des taktischen Ziels der Sabotage der Kriegsproduktion war die Verankerung in den Betrieben von zentraler Wichtigkeit. Es wurden zahlreiche Dokumente produziert wie Kadermaterial, Schulungsdokumente, Propagandamaterial und verschieden agitatorische Publikationen. In ihrer Auseinandersetzung ging das Zentralkomitee von einer revolutionären Situation aus, in der unmittelbaren Nachkriegszeit, so wie es nach dem ersten Weltkrieg in Deutschland sowie in Italien der Fall gewesen war. Dementsprechend strukturierten sie den Weg zum strategischen Hauptziel des revolutionären Kampfes um die Diktatur des Proletariats in mehreren Etappen. Im Mittelpunkt der ersten Etappe des neuen revolutionären Aufschwunges stand der Kampf um die Beendigung des Krieges und um den Sturz des Faschismus. Diesem Teilziel entsprachen taktische Bemühungen zur Bildung einer Einheitsfront aller antifaschistischen Kräfte. Die Losungen der ersten Etappe waren: Fort mit Hitler und dem Faschismus - Schluss mit dem Krieg! Rettung des deutschen Volkes - Rettung des Deutschen Reiches! Dazu wurde auch mit demokratischen Forderungen (Pressefreiheit, Koalitionsfreiheit, Befreiung der politischen Gefangenen, usw.) agitiert.

Der Unterschied der Saefkow-Jacob-Bästlein Organisation zu anderen Widerstandsnetzwerken war, dass die von ihnen ins Leben berufene Gruppe in der Lage war, organisatorische Ansätze zu bilden und damit nicht nur eine antifaschistische Praxis verfolgte, sondern eine revolutionäre Theorie entwickelte und die relevanten taktischen sowie strategischen Leitlinien für ihre Praxis herleitete. Somit kann die Arbeit dieser Organisation durchaus als weitsichtiger und progressiver eingestuft werden als diejenige der Leitung im Moskauer Exil. Diese legte ihre Priorität auf die Arbeit in Bündnissen, wie dem Nationalkomitee Freies Deutschland, welches 1943 von exilierte KPD FunktionärInnen und Kriegsgefangenen der UdSSR in Moskau gegründet wurde. Die Wichtigkeit der politischorganisatorischen Arbeit von Saefkow, Jacob und Bästlein wird vom Volksgerichtshof anlässlich ihres Todesurteils (sie wurden verraten und verhaftet) bestätigt: «Sie haben vornehmlich im fünften Kriegsjahr die KPD in einem derartigen Umfang wieder aufgezogen und die Wehrmacht zu zersetzen versucht, dass hierdurch für das Reich die allerschwersten Gefahren heraufbeschworen wurden.»

Fortsetzung von Seite 1

Ihr Delegierter Eberlein wollte auf keinen Fall eine pompöse Gründung mit vielen papierenen Resolutionen, ohne zu wissen, wieviele Kräfte wirklich hinter der Kommunistischen Internationalen standen. Als Redner der Russischen Kommunistischen Partei (Bolschewiki) argumentierte Sinovjew für die Gründung mit dem Hinweis auf die siegreiche Revolution in einem Land, zum Sieg schreitende Revolutionen in verschiedenen Ländern und nicht zuletzt mit den Erfolgen der KPD.

Der Kern des Widerspruchs: Ist die internationale Organisation des Proletariats das Ergebnis der aktuellen Kämpfe oder ist die Internationale die Vorbedingung für die Entwicklung dieser Kämpfe. Die Delegierten kamen zum Schluss, dass die Kommunistische Bewegung reif für die Gründung war und der Impuls einer internationalen Organisation für die Bewegung, besonders im Kampf gegen den Reformismus der II. Internationale, überaus wichtig war. Es gab an der Abstimmung kein Nein, nur Eberlein enthielt sich der Stimme.

Mehr als Solidarität

Die internationalistische Solidarität ist immer an den politischen Charakter der Kämpfe in den jeweiligen Ländern und damit auch an deren Veränderungen gebunden. Revolutionärer Internationalismus bedeutet immer, sich auch mit den gesellschaftlichen Widersprüchen im «eigenen» Land zu beschäftigen, als permanenter Prozess. In der Epoche des proletarischen Internationalismus der ArbeiterInnenbewegung nach 1919 lag der revolutionäre Ort vor allem in Europa. Die Komintern war das Zentrum des weltrevolutionären Prozesses. Die Erfahrungen der vorhandenen Bewegungen sollten auch für andere Länder produktiv werden. Sie waren Vorwärtstreibend dann, wenn die Erfahrungen der fortgeschrittensten Bewegungen die zukünftigen Aufgabenstellungen in anderen Ländern antizipierten und so Impulse geben konnten. Hemmend waren sie ab dem Zeitpunkt, als die Erfahrungen in einen dogmatischen Rahmen gepresst, nicht mehr auf die jeweiligen spezifischen Bedingungen geachtet und die proletarische Revolution zugunsten der sowjetischen Machtpolitik aufgegeben wurden.

Die Komintern wuchs nach einer offensiven Phase bis Mitte der 20er Jahre in eine Situation hinein, für die sie weder gedacht noch vorbereitet war. Ihre ursprüngliche zentrale Aufgabe, die proletarische Revolution in verschiedenen Ländern durch den bewaffneten Aufstand durchzuführen, veränderte sich aus objektiven Gründen. Bemerkbar machte sich diese neue Situation auch auf der subjektiven Seite. Nämlich darin, dass die Kommunistische Internationale immer weniger eine revolutionäre Rolle spielte und immer mehr den aussenpolitischen Interessen der Sowjetunion diente. In einer Zeit der Stabilisierung des Kapitalismus für den Kommunismus zu kämpfen ist eine andere Herausforderung, die auch eine andere Strategie erfordert. Neue Aufgaben tauchen auf, der Kampf um die täglichen Lebensbedürfnisse, der Kampf für die Sowjetunion, der Kampf gegen den Faschismus, der Kampf gegen den Kolonialismus. Form und Inhalt des Internationalismus verändern sich mit.

In den 60er und 70er Jahren verlagerten sich die Kämpfe im Rahmen der antiimperialistischen nationalen Befreiung gegen Halbkolonialismus und Feudalismus in die Länder des Trikonts. Dementsprechend nahm der Internationalismus einen antiimperialistischen Charakter an, der weit über den gemeinsamen Feind hinausging. Der Emanzipationsprozess in Afrika, Asien und Lateinamerika

wirkte auf die imperialistischen Länder zurück, verknüpfte sich mit der StudentInnenbewegung und kurbelte den revolutionären Prozess dort weiter an. Im antiimperialistischen Kampf erprobte revolutionstheoretische Erfahrungen verbanden sich mit den «eigenen» Klassenkämpfen zu einer neuen revolutionären Militanz und prägten die damalige revolutionäre Politik.

Mit dem Abflauen der Kämpfe in den imperialistischen Metropolen und der kapitalistischen Restauration in den befreiten Ländern des Trikonts, veränderte sich der Charakter des Internationalismus in den 80er Jahren von neuem. Verschiedenste Solidaritätskomitees entstanden mit dem Ziel, die Reste der erkämpften Errungenschaften gegen die imperialistischen Bedrohungen zu verteidigen. Ein defensiver, einseitiger Internationalismus entstand, der kaum nachhaltige politische Impulse in den kapitalistischen Metropolen setzen konnte.

Mit den Erfahrungen neuer Kämpfe, insbesondere in Rojava, schlägt auch der Internationalismus ein neues Kapitel auf. Mal sehen, welche Geschichte er schreiben wird. In den verschiedenen Phasen der Komintern zeigt sich ein wichtiges Problem, das allgemein zu beobachten und von dem die revolutionäre Linke immer wieder betroffen ist: Bruch und Kontinuität. Wie darauf reagieren? Revolutionäre Organisationen entstehen in bestimmten Situationen mit spezifischen Aufgaben. Es ist eine grosse Herausforderung, auf die Veränderungen der objektiven Situation mit der adäquaten Veränderung der eigenen Positionen zu reagieren.

1919-1923:

Gründungs- und Kampfzeit. Diese Periode umfasst die Nachkriegskrise und den revolutionären Aufbruch in Europa. Räterepubliken in Bayern, Ungarn, in der Slowakei, Finnland und den baltischen Staaten.

1924-1928:

Nach Einschätzung der Komintern der Zeitabschnitt der relativen Stabilisierung des Kapitalismus und der Stagnation der Revolution.

1929-1933:

Die Zeit der grossen Weltwirtschaftskrise und daher der grossen Arbeitslosigkeit. In der Sowjetunion gewinnen die Dogmatiker unter Stalin den endgültigen Sieg. Orientierung am Aufbau des Sozialismus in einem Land und die Unterordnung der Kominternpolitik unter diese Zielsetzung. Revolution war nicht mehr angesagt.

1934-1938:

Der Zeitabschnitt der Volksfrontperiode. Die Komintern propagierte die antifaschistische Einheitsfront unter Einschluss von Teilen der Bourgeoisie. An Stelle der sozialen Revolution wurde beispielsweise im spanischen Bürgerkrieg die bürgerliche Republik verteidigt, statt die revolutionären Kräfte zu unterstützen.

1939-1943:

Die Etappe vor dem Ausbruch des imperialistischen Weltkrieges bis zur Auflösung der Komintern. In der Phase des Stalin-Hitler Pakts 1939-1941 werden deutsche KommunistInnen von der SU an die Gestapo ausgeliefert. Die Komintern ist Teil der Machtpolitik der Sowjetunion.

TPONETAPHN BCEY CT PANALLY DIMERNALICABLE AR SIDARDTESS IN ATTERNATIONALE LUNC ET S. DARTI D.L. T. DARTI D.L. T. DARTI D.L. T. DARTI D.L.

Komintern-Delegierte am Gründungskongress, 2.-6. März 1919 in Moskau mit 51 Delegierten aus 29 Ländern

KOMMENTAR

Der Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung wechseln kann

Die Auseinandersetzung mit Geschichte ist für KommunistInnen oft deprimierend und anstrengend, anstatt aufbauend und lehrreich. Wir sollen kritisch die Fehler unserer Bewegung betrachten und dabei lernen, um es zukünftig besser zu machen. Redlich und moralisch richtig, aber es ist auch offensichtlich, dass die Gegenseite jeweils skrupellos und übermächtig war, die 'gute Seite' im Machtkampf möglicherweise den moralischen Sieg davongetragen hätte, nicht aber den materiellen. Die Fehler unserer Seite waren ohne Zweifel zahlreich. aber hätte die Geschichte wirklich einen anderen Verlauf genommen, wären unsere GenossInnen von früher 'makellos' gewesen? Was wollen wir also von dem alten Zeug? Gerade heute, in einer Zeit, in der revolutionäre Organisationen wenige, meistens klein und ohne reale Macht sind, kann uns das Studium der Geschichte zusätzlich niederschmettern und hoffnungslos hinterlassen. Oder auch nicht. Denn was die Geschichte auch zeigt, ist dass es oft anders kommt, als zu erwarten gewesen wäre.

Sowohl die Geschichte der Komintern als auch des Antifaschismus in Nazi-Deutschland sind Beispiele dafür, dass die Ereignisse einen anderen Verlauf genommen haben, als erwartet worden war. Beide scheiterten faktisch an der Übermacht der Konterrevolution in Deutschland.

Wie sich die KommunistInnen von damals darauf einstellten, mag retrospektiv als nicht erfolgreich gewertet werden und zu Niederlage oder sogar Degeneration der eigenen Seite geführt haben, damals entsprang es einer Notwendigkeit in der gegebenen Situation zu handeln, sich der Situation anzupassen und weiterzukämpfen.

Und dies ist tatsächlich immer eine Notwendigkeit. Wer hätte vor einem Jahr noch erwartet, dass in Frankreich eine läppische Benzinsteuer zum bedingungslosen Kampf von Menschen führen würde, die bisher nur die Faust im Sack gemacht hatten? Wer hätte gedacht, dass im kriegsgeschüttelten Syrien, mitten in Verwüstung und Verzweiflung, die kurdische Bewegung eine positive, fortschrittliche Gegengesellschaft inklusive Gegenwehr würde aufbauen können?

Niemand hätte das voraussagen können! Die Geschichte ist nicht geschrieben. Sie lehrt uns, dass wir bereit sein müssen, uns organisieren müssen und mit unserer Zeit, mit ihren Bedingungen klarkommen müssen. Denn Revolutionen kommen überraschend, aber sie kommen nicht aus dem nichts. Wären nicht Personen vor Ort gewesen, die trotz der widrigen Umstände diese Arbeit auf sich genommen haben, wäre nichts passiert. Verzweiflung ist die Waffe der Konterrevolution, Hoffnung auf die Veränderung die unsere. Dafür zu kämpfen hat sich jederzeit gelohnt.





STREIK

Frauenstreik – erste Überlegungen zum 14. Juni

Ohne Zweifel ist der 14. Juni 2019 ein Ereignis von historischer Bedeutung gewesen. Es hat sich eine breite Massenbewegung mit Eigendynamik entwickelt, die sowohl im Frauenkampf radikale antikapitalistische Akzente setzte und auch im Arbeitskampf Teile der proletarischen Frauen mobilisieren konnte. Als KommunistInnen fragen wir uns: Was war das? Warum? Wie geht es weiter?

(fk) Wenn wir uns fragen, warum es aktuell weltweit zu grossen Frauenbewegungen kommt, liegt sicherlich ein Teil der Antwort bei der Analyse der kapitalistischen Krise von 2008 und deren Auswirkungen. Hochverschuldete Banken mussten vom Staat gerettet, die Schulden vergesellschaftet, neue profitable Investitionsmöglichkeiten für brachliegendes Kapital gefunden werden. Direkte Konsequenz davon ist u.a. der fortlaufende Abbau des Sozialstaates und eine Privatisierung ehemals staatlicher Bereiche (die Fallkostenpauschalen, die 2012 im Schweizer Gesundheitswesen eingeführt wurden, ist nur ein Beispiel). Diese Sparmassnahmen treffen die arbeitenden Frauen doppelt: Einerseits sind es vor allem Frauen, die im Bereich der bezahlten Sorgearbeit tätig und daher betroffen sind von Privatisierungen, Schliessungen, Personalabbau und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Auf der anderen Seite produziert der Abbau des Sozialstaates eine Verlagerung der notwendigen Reproduktionsarbeiten zurück in den unbezahlten Haus- und Familienbereich, wo die Arbeit wiederum meist von Frauen geleistet wird.

Hinzu kommt die politische Krise, die der ökonomischen postwendend folgte, in der die leeren Versprechungen auf Gleichbehandlung und Gleichberechtigung bei anhaltender Diskriminierung und Erniedrigung nicht mehr geschluckt werden. Viele wollen das Schicksal in die eigenen Hände nehmen, selber dafür sorgen, dass es sich ändert.

Zudem treffen reaktionäre Hetze und Angriffe auf Errungenschaften die Frauen besonders hart: In der Schweiz traten beispielsweise die AntifeministInnen sowie der sogenannte «Marsch fürs Läbe» 2010 in die Öffentlichkeit. Während die AntifeministInnen wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwanden, mobilisieren die fundamentalistischen ChristInnen dieses Jahr erneut nach Zürich. All dies führt zu einer Verschärfung der Lebensbedingungen, insbesondere für proletarische Frauen. Sie verlieren langsam die Geduld, bis zum Nimmerleinstag auf Lohngleichheit und auf das Ende der Mehrfachbelastung zu warten. Mit diesen Entwicklungen steht die Schweiz nicht allein. Die aufstrebenden weltweiten Frauenbewegungen sind durchaus eine Antwort auf diese Situation.

Proletarischer Frauenkampf versus bürgerlicher Feminismus

Der Frauenstreik war eine Massenbewegung, die eine Qualität erreichte, die für den schweizerischen Klassenkampf eine Seltenheit darstellt. Die vielfältige Kampagnenarbeit von linken Aktivistinnen hat spätestens ab Mai

eine Eigendynamik in Teilen des weiblichen Proletariats ausgelöst, insbesondere in den Bereichen Bildung, Betreuung und Pflege. In seiner Breite war der Frauenstreik aber auch eine heterogene Bewegung. Ja, am Schluss sahen sich selbst FDP und CVP genötigt, sich zum Streik zu äussern. So auch viele Betriebe, die sich meist positiv zum Streik äusserten, danach jedoch ein grosses «ABER...» anhängten. Die Migros beispielsweise empfahl ihren Mitarbeiterinnen, sich frühzeitig mit den Vorgesetzten abzusprechen. Es sei klar, dass der Normalbetrieb aufrechterhalten werden müsse. VPOD-Gewerkschafterinnen stellten daraufhin die Bedeutung eines Streikes klar: Das explizite Ziel eines Streikes ist die Störung des Betriebes. Dass eine solche Klarstellung nötig ist, ist Ausdruck der erfolgreichen Politik des Arbeitsfriedens, welcher seit Jahrzehnten von Bossen und Gewerkschaftsführungen in der Schweiz durchgesetzt wird, sodass sich die Bevölkerung unter Streik alles und nichts vorstellen kann, weil konkrete Streikerfahrungen fehlen.

Die Heterogenität der Bewegung zeigt einen widersprüchlichen Charakter: Der Frauenstreik hat nicht nur proletarische Frauen mobilisiert, sondern auch Teile der bürgerlichen Frauen. Ihnen geht es vor allem um Karrierechancengleichheit für wenige, gut ausgebildete Frauen, das Teilhaben am kapitalistischen Profit. Seit jeher birgt der Kampf um Rechte für die Frauen die Gefahr der Integration in ein Ausbeutersystem, denn die Besonderheit der Frauen liegt unter anderem darin, dass sie zwar alle von patriarchalen Strukturen betroffen sind, jedoch durch die unterschiedliche Klassenzugehörigkeit gänzlich unterschiedliche Interessen und Positionen einnehmen. Die Antwort der Herrschenden auf diese Tatsache ist denn auch Integration und neoliberale Vereinnahmung. Immer mehr Konzerne, wie etwa Credit Suisse und Siemens, brüsten sich mit diversity programms für ihr Topmanagement. Die Lebensrealität der Mehrheit der Frauen bleibt damit unangetastet.

Kampf auf der Strasse – eine wichtige Erfahrung

Errungenschaften, sei dies nun bezüglich Frauen- oder Arbeitsrechten, sind Resultate von Kämpfen. Auch Tagesforderungen können nur durchgesetzt werden, wenn mit Demonstrationen, Streiks oder anderen Protestformen die Herrschenden in Bedrängnis gebracht werden. Der 14. Juni stellte leider keine allzu grosse Gefahr für die Herrschenden dar: Es war relativ schnell klar, dass der Streik auf eher symbolischer Ebene stattfinden würde und somit wenig «materiellen Schaden» in den Betrieben verursachen würde. Es war auch klar, dass es sich um eine breite und friedliche Bewegung handelte, worin eine revolutionäre militante Position nur marginal vorhanden war. Nichtsdestotrotz war es eine grosse Massenbewegung, die die Kraft hatte, die Herrschenden punktuell unter Druck zu setzen. An diesem Tag waren die Kräfteverhältnisse auf den Strassen anders als sonst. In Zürich beispielsweise zeigte sich dies durch die Blockade am Central und mehrere unbewilligte Demonstrationen - dies alles hätten

die Bullen an anderen Tagen nicht geduldet. Am Frauenstreiktag wurden sie durch die Massen dazu gezwungen und auf politischer Ebene wäre die Legitimation für Repression schwierig gewesen.

Ob die Kraft des Frauenstreikes auch Auswirkungen auf Reformen haben wird, muss sich noch zeigen. Ein paar Debatten scheinen aber durch den Streik bereits befeuert: Vaterschaftsurlaub oder die Lohngleichheit an Arbeitsstellen. Vor allem bleibt zu hoffen, dass sich ein paar der mobilisierten Frauen weiter bewegen werden. Z.B. gegen die Erhöhung des Rentenalters der Frauen, welches nur knapp drei Wochen nach dem Frauenstreik vom Sozialdemokraten Berset verkündet wurde, nachdem sich derselbe Berset am 14. Juni als grosser Frauenkämpfer inszeniert harre.

Frauenkampf im Klassenkampf

Obwohl die Bewegung des 14. Juni heterogen war, wurde deutlich, dass proletarische Fraueninteressen dominiert haben: tiefe Löhne, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die unbezahlte Reproduktionsarbeit. Themen des bürgerlichen Feminismus, wie Karrierechancen, gläserne Decke durchstossen, etc. waren eher in bürgerlichen Medien Thema. Auch wenn es nicht gelungen ist, die untersten Schichten des weiblichen Proletariats einzubeziehen (Verkauf, Reinigung, Fabrikarbeit) zeigte es sich, dass Teile der Frauenkämpfe mit Klassenkämpfen verbunden wurden. Die beiden Bereiche wurden eng verflochten thematisiert. Es wurde deutlich, dass Frauenkämpfe das Potential haben, verschiedene gesellschaftliche Bereiche miteinander zu verbinden, das System insgesamt in Frage zu stellen und so den patriarchalen Kapitalismus als Ganzes anzugreifen.

Einer der folgenreichsten Streiks in der Weltgeschichte begann mit den Textilarbeiterinnen in Petrograd am Internationalen Frauenkampftag 1917, und dies sicher nicht zufällig. Jene kämpferischen Frauen haben die revolutionären Prozesse weiter angestossen bis zum Umsturz der alten Ordnung in der Russischen Oktoberrevolution. Aktuell steht zwar die proletarische Revolution nicht vor der Türe, doch können wir trotzdem daraus Lehren für unsere – wenn auch ganz andere – Situation ziehen. Beispielsweise, dass die Frauen ein wichtiger Motor für revolutionäre Umstürze sind, da sie ein doppeltes Interesse daran haben.

Historisch gesehen fanden grosse Frauenkämpfe meist im Kontext von grossen Klassenbewegungen statt. Aktuell ist dies anders: die grossen Frauenkämpfe am 14. Juni, die Streiks in vielen Ländern am 8. März, erhoben sich ohne den sichtbaren Zusammenhang mit anderen Klassenbewegungen. Die Dynamik der Selbstorganisierung ist bemerkenswert. Wohin diese Kämpfe führen werden, welche organisatorische Qualität sie entfalten, wie langandauernd sie sein werden, zu welcher Stufe der Militanz die Formen sich entwickeln werden, all diese Fragen können nur die kommenden Auseinandersetzungen beantworten. Erfahrungsgemäss werden die Bewegungen wieder abflauen. Uns muss beschäftigen, wie wir als organisierte revolutionäre Kräfte mit jenen neuen bewegten Frauen anhaltende Verbindungen aufbauen können. Denn klar ist, dass nur die kontinuierliche und massenhafte Organisierung Voraussetzungen sowohl für Reformen innerhalb des Kapitalismus, als auch für revolutionäre Prozesse schafft.





FRAUENKAMPF

Was bedeutet der Frauen*streik für die Gewerkschaftsbewegung?

Der enorme Mobilisierungserfolg des Frauen*streiks zieht Reflexionsbedarf nach sich. Mit gewerkschaftlichem Blick auf zukünftige Arbeitskämpfe können einige Punkte hervorgehoben werden.

(az) In den Vorbereitungen auf den Frauen*streik wurde schon sichtbar, welche Schichten des Proletariats das Zentrum der Bewegung bilden. Am stärksten beteiligten sich Frauen aus KiTas, Krippen, Horten, Schulen, der Sozialen Arbeit und in geringerem Masse aus Spitälern. Sie entsprechen den mittleren und unteren Schichten des interpersonellen Arbeitssektors, in welchem die Arbeit mit Menschen im Zentrum steht. Also eben dem, was man unter Sorge-Arbeit versteht. Den unteren Schichten des interpersonellen Arbeitssektors sind auch Dienstleistungsbereiche wie die Gastronomie oder der Verkauf zuzurechnen. Hier fällt auf, dass diese mit Ausnahme einer Selbstorganisierung in der Gastronomie in Zürich in viel geringerem Masse mobilisiert wurden. Ebenfalls stark vertreten waren hingegen die akademische Schicht und die mittleren Schichten des organisatorisch-administrativen Sektors. Der Kern der mobilisierten proletarischen Schichten ist also relativ deckungsgleich mit der Basis, auf welche linke Politik momentan zurückgreifen kann. Erstaunlich ist jedoch, dass diese Basis so zahlreich auf die Strasse mobilisiert werden konnte.

Die Qualität liegt in der Verselbständigung

Das, was den Streik zumindest in Zürich aus klassenkämpferischer Sicht qualitativ besonders macht, waren die Prozesse in den Monaten vor dem Streiktag. Der qualitative Sprung fand da statt, wo sich die Vorbereitungen zum Frauen*streik verselbständigt haben. Bisher kaum aktive Frauen haben begonnen, sich individuell oder kollektiv am Arbeitsplatz zu verhalten und die politischen Forderungen so auf praktische Fragen hin zuzuspitzen, dass sich KollegInnen und Chefs positionieren mussten. Schon in den letzten Wochen hatten die Vorbereitungen auf den Frauen*streik eine solche Eigendynamik in den Betrieben entwickelt, dass niemand mehr den Überblick darüber hatte, wo denn gestreikt würde. Der Bewegung zum Frauen*streik ist es also gelungen, einen Diskurs um die Beteiligung, Legitimität und Gründe des Frauen*streiks auf die öffentliche Agenda zu setzen, welcher nicht nur über die Medien portiert wurde, sondern auch eine gewisse Verankerung durch die Mund-zu-Mund-Propaganda hatte, und der sich über praktische Kampfformen manifestierte. Aus klassenkämpferischer Sicht liegt in der Konfrontation am Arbeitsplatz eine ganz andere Qualität als in der blossen Teilnahme an einer Demonstration. Entsprechend drückt sich die Qualität des Frauen*streiks mitunter darin aus, wie tiefgreifend Frauen im Vorfeld im Arbeitsalltag selbstbewusste und konfrontative Aktionen planten und wie sie sich am Vor- und Nachmittag des Frauen*streiks, wo sie aktiv der Arbeit fernbleiben mussten, mobilisierten.

Spontaneität vs. Organisierung

Diese Selbstorganisierungsprozesse wiederum haben eine ambivalente Wirkung – auf betrieblicher Ebene aber auch in Bezug auf die gesamte Bewegung. Als kollektive Prozesse, in welchen sich die Kolleginnen in ihren Betrieben vertieft mit ihrer gesellschaftlichen und betrieblichen Position auseinandersetzen und politisieren, sind sie wichtig für die Entwicklung von kämpferischem Klassenbewusstsein. Entsprechend bot diese Kampagne mit der Dauer von über einem halben Jahr genügend Zeit, um vertiefte Prozesse zu gewährleisten. Gleichsam aber tendieren längere Prozesse und damit auch Auseinandersetzungen und Interaktionen mit den Chefs dazu, auf der praktischen Ebene zu Kompromisslösungen zu führen. Mitunter wurden Forderungen der Belegschaften teilweise so durch die Personalabteilungen integriert, dass die Belegschaften die Initiative darüber verloren. Es kam also zum Beispiel zur paradoxen Situation, dass Lehrerinnen-Teams, die erst wenige Tage vor dem Frauen*streiks begannen, sich kollektiv damit auseinanderzusetzen, radikalere und entschlossenere Schritte umsetzten, als solche, die schon seit Monaten auf den Tag hinarbeiteten und Kampfmassnahmen gründlicher diskutierten.

Auf der Ebene der Gesamtbewegung ist aufgefallen, dass sich die Gewerkschaften stark zurückgehalten haben. Und es ist zu vermuten, dass die enorme Stärke der Bewegung gerade durch die Selbstorganisierung innerhalb der Frauen*streikkollektivs entstanden ist. Sie waren genug offen und genug entschlossen, um ein Anziehungs- und Orientierungspunkt für die Bewegung zu bieten. Während man sich vom VPOD eine gewisse Zurückhaltung und Offenheit gegenüber Selbstorganisierungsprozesse gewohnt ist, fällt vor allem auf, dass die UNIA der Kampagne praktisch völlig ferngeblieben ist. Dies wurde teilweise bemängelt, doch hat die Bewegung daran nicht viel verloren. Zum Einen ist zu vermuten, dass die UNIA-Führung das Mobilisierungspotenzial ihrer Basis für den Frauen*streik als gering eingeschätzt hat. Zum Anderen hätte eine aktivere UNIA mit ihrem politischen Hegemonialanspruch über die Linke und professionalisiertem Apparat die aussergewöhnlich starken Selbstorganisierungsprozesse des Frauen*streiks im Keim erstickt.

Mobilisierung über das Gesamte der proletarischen Lebensrealität

In Anbetracht des desolaten Zustands der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung mag es zudem erstaunen, dass es ausgerechnet dem Frauenkampf – also einer politische Bewegung - gelungen ist, massenhaft Kampfmassnahmen am Arbeitsplatz zu entfachen. Wenn schon kaum für Arbeitsbedingungen gestreikt wird, weshalb sollten Lohnabhängige dann für politische Anliegen Konfrontationen am Arbeitsplatz eingehen?

Ein Teil der Antwort ist wohl, dass der Frauen*streik eben gerade mehr als «nur» die direkte Ausbeutung am begrenzten Arbeitsplatz thematisiert hat. Er brachte vielmehr mit dem Fokus auf die Vielfalt alltäglicher Unterdrückungsformen die gesamte materielle Lebensrealität proletarischer (und anderer) Frauen aufs Tapet. Wo sonst Kämpfe in Teilbereichen immer nur auf soziologische Kategorien - wie Betroffene als Ausgebeutete, als MieterInnen, als sexualisierte Objekte oder als Reproduktionsarbeitende - zurückgreifen, gelang es dem Frauen*streik durch die Verallgemeinerung dieser vielfältigen Erfahrungen zu einer Klassenfrage ein selbstbewusstes proletarisches Subjekt anzusprechen. Der Bewegung gelang es, einen Klassencharakter zu entwickeln, der sich darin zeigt, dass sich aktive Frauen nicht nur in ihrer Rolle als Lohnabhängige zum Frauen*streik verhalten, sondern die gleichen Frauen gleichzeitig als solidarische Mütter in Horten und KiTas intervenieren, in der Siedlung ihre Nachbarinnen agitieren und im Ausgang Sexisten konfrontieren.

Es mag gerade die Frauenfrage sein, welche prädestiniert ist, die Klassenlage als etwas zu verstehen, das über den Arbeitsplatz hinausgeht. Gerade die voranschreitende Differenzierung der Klasse - der gesellschaftliche Prozess, der gemeinhin als «Individualisierung» bezeichnet wird - macht es nötig, zur Klassenlage auch die Art und Weise mitzuberücksichtigen, wie Menschen sich ausserhalb der Arbeit reproduzieren, wie sie also soziale Beziehungen gestalten, Verpflichtungen eingehen, Kinder aufziehen oder auch ihre kulturellen Interessen verfolgen. Dass es nicht genügt, ArbeiterInnen als blosse Arbeitskräfte, sondern vielmehr als ProletarierInnen innerhalb ihrer gesamten Lebenswelt zu mobilisieren, hat sich schon länger in gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen um das Community Organizing in den USA gezeigt. Hier wird nicht mehr primär im einzelnen Betrieb, sondern in der gesamten proletarischen Lebensraum organisiert. In Kampagnen, die also die gesamte proletarische Lebensrealität erfassen und damit die materielle Lage politisieren, liegt das Potential zu weiteren Klassenkämpfen. Und der Frauen*streik hat gezeigt, dass Politik anhand der Verallgemeinerung und Gemeinsamkeit proletarischer und patriarchaler Ausbeutungs- und Unterdrückungserfahrungen eine erfolgreiche Alternative darstellt zu einer postmodernen Identitätspolitik, die auf Differenzierung und Unterschiedlichkeit setzt.

Legal ist was legitim ist

Eine anderer Aspekt, der dem Frauen*streik Kraft verlieh, war die Legitimität, die sich die Bewegung aneignete. In der arbeitsbefriedeten Schweiz forderten Frauen an der Arbeitsstelle selbstbewusst und massenhaft die vorzeitige Schliessung ihres Betriebs. Diese Selbstverständlichkeit hat sich in der Praxis als enorm wichtig erwiesen. Wo Belegschaften zu zögerlich und unsicher waren, um konfrontative Forderungen zu stellen, und dafür zuerst die Personalleitung um Aufklärung über die rechtliche Situation baten, konnten die Chefs den Wind aus den Segeln nehmen. Für die Organisierung von Kampfmassnahmen im Betrieb war es entsprechend wichtig die Offensive nicht aus der Hand zu geben, Aktionen konkret zu planen und die Dynamik nicht in Legalitätsfragen versanden zu lassen. Die Wichtigkeit dieser Selbstverständlichkeit und Legitimität hat sogar die VPOD-Führung erkannt und die nicht wirklich abgesicherte offizielle Devise herausgegeben, es sei legal zu streiken. Für den unbedingten Legalismus, den die VPOD-Führung sonst von der Basis einfordert, war dieser Schritt überraschend.



SOMMERLOCH

Italien und die Krise der neoliberalen Krisenlösungen

Im August wurde die italienische Regierung zur Neuformierung gezwungen. Die politische Instabilität und die prekäre wirtschaftliche Lage des Landes sowie der Umgang der EU-Instanzen zeigen erneut, welche Schwierigkeiten der Kapitalismus haben kann, um sich als System zu reproduzieren.

(agafz) Mit einer ernsten Rede eröffnete der italienische Premier Giuseppe Conte mitten im August die parlamentarische Sitzung zur Regierungskrise. Conte übte scharfe Kritik an Matteo Salvini, dem damaligen Innenminister und abtrünnigen Glied der Regierungskoalition. Sein Entscheid sei unverantwortlich, denn «im Rahmen einer sicherlich ungünstigen internationalen ökonomischen Konjunktur wäre eine neue Regierung nur schwer in der Lage der Erhöhung der Mehrwertsteuer und den finanziellen Konsequenzen der Fluktuationen des spread entgegenzuwirken». Dieses Zitat zeigt die Verschärfung der krisenhaften ökonomischen sowie politischen Lage beispielhaft auf.

Das Scheitern der neoliberalen Wende

Um sich als System zu reproduzieren, ist der Kapitalismus auf zwei wichtige Voraussetzungen angewiesen. Es braucht einerseits gewinnbringende Investitionsmöglichkeiten für das Kapital. So wird der Profit sichergestellt, der für den Kapitalismus überlebenswichtig ist. Eine zweite Bedingung ist die Legitimation dieses Systems gegenüber den Lohnabhängigen selber: Der Kapitalismus ist auf eine gewisse Zustimmung der Ausgebeuteten angewiesen, um langfristig stabil zu existieren. Um dies zu erreichen, verwendet er verschiedene kulturelle, ideologische, politische und institutionelle Vermittlungsorgane. Diese agieren sowohl als Vermittler zwischen Kapitalfraktionen mit widersprüchlichen Interessen als auch gegenüber der Arbeiterklasse. Der Staat hat dabei eine zentrale Rolle und eine doppelte Funktion. Auf der einen Seite muss er die Rahmenbedingungen für den Markt gewährleisten, auf der anderen Seite muss er durch sozialpolitische Massnahmen eine Legitimation den Massen gegenüber herstellen. Fehlen diese Voraussetzungen, kann es aufgrund zunehmender Unzufriedenheit zu einem Moment der systemgefährdenden Instabilität kommen. Man spricht von einer Hegemonie- oder Legitimationskrise.

Die 1970er Jahre forderten in zwei Aspekten die führenden Kreise der Politik und Wirtschaft heraus. Die schwere Rezession beendete den langen Aufschwung, der als «goldenes Zeitalter» der Nachkriegszeit bezeichnet wurde. Das Kapital war darauf angewiesen, neue Investitionsmöglichkeiten zu finden. Gleichzeitig waren die Regierungen diverser westlicher Länder vermehrt mit steigendem Druck sozialer Bewegungen konfrontiert. Diese Ausgangslage führte diverse konservative Intellektuelle zur Ansicht, dass das keynesianisch-fordistische Modell der Staatsführung an seine Grenzen gestossen sei, dass die bürgerliche Demokratie kein geeigneter Rahmen mehr sei, um die benötigten Reformen zur Bewältigung der Krise von oben durchzusetzen. Drei Entwicklungen stehen im

Zentrum der sogenannten Neoliberalisierung des Kapitalismus: Erstens, die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft, in dem der Finanzsektor immer mehr Gewicht einnimmt. Dazu kommen auch deregulierende Massnahmen in vielen Bereichen, beispielsweise die Liberalisierung von Wirtschaftssegmenten, weitreichende Privatisierungen sowie der drastische Abbau des Sozialstaats. Zweitens, die regionale Integration der nationalen Wirtschaften. Die EU in ihrer modernen Form ist ein Beispiel davon. Und drittens, der längerfristige Prozess einer autoritären Wende der Regierungsform. Dieser beinhaltet Entwicklungen, die die Staatsführung selber betreffen (Verlagerung der Macht auf Exekutive und Administration, Mechanismen zur Schwächung der parlamentarischen Kontrolle wie die Gesetzgebung per Dekret) oder die Bindung des Handlungsspielraums an externen Sachzwänge oder an supranationalen Instanzen wie es in der EU der Fall ist.

Die Auswirkungen dieses neoliberalen Auswegs aus der Rezession werden immer klarer. Gemäss Daten der Weltbank ist das wirtschaftliche Wachstum in den letzten 50 Jahren stark zurückgegangen: 1960 betrug die Wachstumsrate des weltweiten BIP 9%, seither ist es stetig gesunken. Seit den 1990er stagniert es unter 3%. Weder die Globalisierung der Märkte, noch die Finanzierung, noch die Verschuldung der privaten Haushalte, noch das aufkommen neuer Technologien, noch die Senkung des Lohnanteils am BIP konnten dieser Tendenz nachhaltig entgegenwirken. Ende der 2000er kam es sogar zu einer globalen Rezession, aus der sich der Kapitalismus nur mit Mühe erholt. Zum Beispiel stösst die von der Europäischen Zentralbank eingesetzte Negativzinspolitik, die grosse Investitionen hätten auslösen sollen, an Grenzen. Somit ist die Krise 2008 nicht lediglich eine Krise eines Teils des Finanzsektors, wie die Herrschenden gerne darstellen, sondern die Verschärfung einer seit den 1970er Jahren andauernden Krise und in diesem Sinne eine Krise der neoliberalen Krisenlösungen.

Wirtschaftliche Stagnation und politische Krise in Italien

Die jüngste Geschichte Italiens spricht nicht gerade für politische Stabilität. Ende 2011 wurde Berlusconi von der EU-Elite weggeputscht und durch die technokratische Regierung von Mario Monti ersetzt. Seither gab es fünf Regierungen, von denen nur zwei direkt gewählt wurden. Die Regierungskoalition der Movimento Cinque Stelle (M5S) und Lega Nord entstand nach zähen und langen parteipolitischen Machtspiele, hielt mühevolle 14 Monate durch, bevor sie im August zusammenbrach und das Land erneut in die politische Krise verabschiedet. Dies zeigt beispielhaft, was für Schwierigkeiten die Bourgeoisie hat ihr neoliberales Programm durchzuziehen. Trotzdem war Italien immer ein gefügiger Schüler: Um die Jahrtausendwende kamen erste arbeitsrechtliche Flexibilisierungswellen, 2012 wurde unter Monti mit dem Fornero-Gesetz das Rentensystem angegriffen und 2015 wurde unter Renzi das Arbeitsgesetz mit seinem Jobs Act weiter abgebaut. In diesem Rahmen wurden grosse Steuerentlastungen

für Arbeitgeber eingeführt, was die Arbeitslosigkeit 2015 tatsächlich von 12.7% auf 11.9% senkte. Dieser Trend ist aber schnell versandet. Es ist klar, dass diese – wie auch weitere Reformen – keinen langfristigen Ausweg aus der Stagnation bieten.

Dieser Prozess, in dem sich die Regierungsformen stetig von demokratischer Kontrolle lösen, ist in Europa besonders fortgeschritten. Zu den Grundpfeilern der EU gehört ein Arsenal an Massnahmen und Regulierungen, mit denen die EU die Union und ihre Währung schützen will.

Der Europäische Fiskalpakt enthält beispielsweise eine « goldene Regel » die ein Maximum von 0.5% des BIP als Haushaltsdefizit erlaubt. Ein nicht Einhalten dieser Regel kann zu Sanktionen bis hin zu Bussen in der Höhe von 0.5% des BIP führen. Diese finanzpolitischen Aspekte sind in Bezug auf die aktuelle Situation in Italien besonders brisant. Der Haushaltsplan für das kommende Jahr muss den europäischen Institutionen präsentiert und von diesen validiert werden. Die Verhandlungen um den italienischen Staatshaushalt vor einem Jahr lösten grosse Panik aus, weil das vorgesehene Budget für das Jahr 2019 massiv gegen die Vorschriften des Stabilitäts- und Wachstumspakt verstiess. Ein Bruch mit den Vorschriften über das Haushaltdefizit hätte die Eurozone in einer Krise führen können, die von deutlich grösseren Ausmass gewesen wäre als die griechische Krise 2011. Dies, weil es sich um die dritte Volkswirtschaft der Währungsunion handelt. Konsequenterweise wurde Italien noch stärker an die kurze Leine genommen als bisher. Automatische Mehrwertsteuererhöhungen wurden für den Fall verordnet, dass Italien die Vorgaben nicht erfüllt. Somit versteht man die Sorgen Contes, dass Neuwahlen Sparmassnahmen verzögert hätten und es zu einer Erhöhung gekommen wäre. Jede Reformskizze dieser Regierung, so unsympatisch sie sein mag, die den Kurs ein wenig lockern würde, wurde umgehend von den Märkten dadurch bestraft, dass der spread in die Höhe geht. Dieser Index misst den Abstand zwischen den Zinsen der italienischen und deutschen Staatsanleihen. Die Höhe dieser Zinsen bestimmt, wie teuer die Staaten Geld ausleihen können.

Die aktuelle Lage in Italien veranschaulicht deutlich das Scheitern neoliberaler Krisenlösungsansätze: Austeritätspolitik und Reformen schaffen es nicht, das Land aus der Krise zu führen. Gleichzeitig zeigt es, wie ein vermeintlicht demokratisch legitimierter Rechtsstaat vollständig dem Diktat des Marktes unterliegt. Erfolgreiche Staatsführung bedeutet in diesem Kontext Sozialabbau, Verarmung breiter Bevölkerungsgruppen und Angriffe auf elementare Lebensgrundlagen - so geschehen beispielsweise in Griechenland oder Süditalien. Diese Verschärfungen und eine wachsende Unzufriedenheit lässt je nach Kontext düstere Perspektiven erahnen. Falls sich keine ernsthafte Linke Opposition der neuen Regierungskoalition zwischen M5S und der Austeritätsaffinen Partito Democratico entgegensetzen kann, könnte sich bei der nächsten Gelegenheit der Wunsch Salvinis nach der « unbeschränkten Vollmacht » wie er es vielleicht in Anlehnung an Mussolini formulierte, doch verwirklichen.



Im Bild

Thomas Sankara setzt einen Baum, einen von vielen, denn er erkannte früh im Kampf für die Umwelt einen Teil des Kampfes für das Überleben der Armen und Unterdrückten. Am 5. Februar 1986 sagte er in der Rede «Den Baum, die Umwelt und das Leben überhaupt retten» folgendes: «So formuliert, ist unser Kampf um den Baum und den Wald in erster Linie ein populärer und demokratischer Kampf. Denn das sterile und teure Engagement einiger weniger Ingenieure und Waldbauexperten wird nie etwas dagegen tun! Ebenso werden Foren und Institutionen, selbst aufrichtige, die Sahelzone nicht wiederbeleben können, wenn nicht genug Geld für das Bohren von Trinkwasserbrunnen in 100 Metern Tiefe vorhanden ist, während es genug gibt, um Ölquellen in 3.000 Metern Tiefe zu bohren! Wie Karl Marx sagte, denkt nicht gleich, wer in einer Hütte oder in einem Palast lebt. Dieser Kampf für den Baum und den Wald ist vor allem ein antiimperialistischer Kampf. Denn der Imperialismus ist der Brandstifter unserer Wälder und Savannen. Wir können diesen Kampf gewinnen, wenn wir uns dafür entscheiden, Architekten und nicht nur Bienen zu sein.»

Kreuzworträtsel

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		11
12										13	
14			15						16		
17				18				19			
	20		21		22				23		24
25	26	27					28			29	•
30		31				32		33			34
35								36			

Waagrecht:

- Wichtiges Ereignis 2019 in der Schweiz
- 12 Bis ins 17. Jahrhundert fielen diese Schweizer über Europa her
- 14 Verschwindet schneller als uns lieb ist
- 15 Reaktion von IgnorantInnen auf Äusserungen von 35 waagrecht
- 16 Krise
- 17 Für viele das einzige, was zählt
- 18 Leider meist nicht unserer Ansicht
- 20 Unter Trump haben diese Crimes zugenommen
- 22 Kirchliches Hilfswerk
- 23 Kein Job? Dahin bei 24 stehen bleiben
- 25 Der Berufsmann hat den Anfang verloren
- 28 Wird zur Bodenbearbeitung eingesetzt 30 Besiegt, aber noch immer eine Gefahr
- 31 Für die einen ein Gefäss, für die anderen ein Gebiet
- 32 In der Innerschweiz mit allen Wassern gewaschen
- 35 Sie bringt die LeugnerInnen der Klimakrise zum Schwitzen
- 36 Für über 50% der Weltbevölkerung das Haupt nahrungsmittel

I=J=Y, Auflösung in der nächsten Nummer

Senkrecht:

- Wichtig für alle, vor allem aber für die, die sie nicht haben
- Wer es ist, hat grössere Verlustangst als die es nicht sind
- Jüngste Frau Mohammeds
- Möchte immer noch Weltpolizist sein
- 5 Bor
- Von unten Hauptstadt eines BöFei von 4 senkrecht
- Schrieb das siebte Kreuz
- Nato-Terrörland
- Rio Frio für die IATA
- Bis 2013 Förderprogramm des Bundesministeri ums für Wirtschaft und Technologie
- Ist das weg, fällt alles auseinander
- Dieses Projekt muss unbedingt ganz und nicht nur wie hier bis zur gestrichelten Linie gegen 8 senkrecht verteidigt werden
- St. Galler Kaderschmiede
- Wegen Überfischung gefährdet
- Heute läuft jedeR mit den SkaterInnenschuhen herum, auch über die gestrichelte Linie
- 26 A 21 vertical lost his head 27 Hirn des Computers
- 29 Wird gegen Repression eingesetzt
- 33 Verkürzter akademischer Grad
- 34 Fortsetzung von 24 senkrecht oder auch abgekürzter Internetdienst



STADTENTWICKLUNG

Mediterrane Metropole

Leuchtturmprojekte, Märkte und gewollter Häuserzerfall: Die Art und Weise, wie in Marseille «Aufwertungsprozesse» vorangetrieben werden, ist vielschichtig. Doch viele haben begriffen, wie das Eine und das Andere zusammenhängen und wehren sich gegen die Umgestaltungen der «quartiers populaires».

(agj) Marseille, das ist in Frankreich das Gegenstück schlechthin zu Paris: Wo Paris im zentralisierten französischen Staat Hauptsitz von vielem ist, ist Marseille der Underdog ohne Paläste und Boulevards, dafür mit einer langen proletarischen und migrantischen Geschichte, die nicht - wie in der Hauptstadt - in die Banlieues am Stadtrand verdrängt wird, sondern omnipräsent ist. Kein Wunder sind die Fussballspiele zwischen Olympique Marseille und Paris Saint-Germain derart aufgeladen, kein Wunder wird in Paris die Nase gerümpft, wenn man von dieser lauten und dreckigen Stadt am Meer spricht. Diese David gegen Goliath Geschichte ist im Gegensatz zur biblichen Version gesellschaftlich und historisch untermauert.

Doch in den vergangenen Jahrzehnten hat sich diese Geschichte verkompliziert. Mittels einer grossangelegten und langjährigen Aufwertungskampagne namens «Euroméditerranée» versucht sich David dem Goliath anzugleichen und abzustreifen, was den Charakter dieser Stadt vormals ausmachte. Ein Höhepunkt in dieser Hinsicht war die Kür zur Kulturhauptstadt Europas 2013. Eine Auszeichnung, die auch sonst oft dazu verwendet wird, um unter dem Deckmantel der Aufwertung eine Politik der Verdrängung voranzutreiben. Andere Städte, die in den vergangenen Jahren diesen Titel trugen, welcher Investitionen in Milliarden verspricht, waren etwa Cork, Liverpool oder Genua.

Im Fall von Marseille wurde beispielsweise das Museum der Zivilisationen Europas und des Mittelmeers (Mucem) für diesen Anlass am Hafen gebaut. Es ist ein Leuchtturmprojekt, welches ein neues, moderneres Marseille ankünden und damit TouristInnen anziehen soll. Ähnlich gelagert ist die Sache mit der Kunstbiennale Manifesta, welche 2020 in Marseille stattfinden soll und deren Kommen unheilvoll weitere sogenannte «Aufwertungsprozesse» verspricht. Den Zusammenhang zwischen diesen Events und dem, was dann in den Quartieren geschieht, hat man längst begriffen: Der Werbepavillion der Manifesta in der Innenstadt wurde mit Farbbeuteln angegriffen und markiert.

Befriedung der «quartier populaires»

Eines dieser «quartier populaires» (ungefähr: Volksquartiere im Sinn von proletarisch und migrantisch) ist La Plaine, ein lebendiges und widerständiges Quartier geschmückt mit allerlei Graffiti und mit einer starken sozialen Organisierung. Ausdruck dieser Kultur ist etwa ein alljährlicher Karneval, der von der Quartierbevölkerung organisiert wird und explizit einen politischen Anspruch formuliert. Nicht nur Musik und Tanz, sondern auch kritische Auseinandersetzung mit dem, was im und rund um das Quartier geschieht.

Dieses Jahr stand der Marktplatz des Quartiers im Zentrum, wo sich das soziale Leben zuvor im öffentlichen Raum konzentrierte. Denn die Stadtverwaltung hat ein «Aufwertungsprojekt» aus dem Hut gezaubert, welches darin besteht, den Platz einzumauern und ihn dann so umzubauen, dass er primär kommerziell genutzt werden kann. Fussball soll nicht mehr gespielt werden, Tische

und Bänke wurden abtransportiert, damit es keine Verweilmöglichkeiten gibt, und der Karneval wurde durch die Mauer ins Exil gezwungen, da der Platz nicht mehr zugänglich war.

All dies geschieht nicht ohne Widerspruch. Quartierversammlungen wurden abgehalten, um sich den Platz zurückzuerobern und das Projekt der Stadtregierung zu durchkreuzen. Man ging gemeinsam auf den Platz, stellte Bänke und Tische wieder auf - bloss wurden diese dieses Mal zusätzlich mit Schnellzement fixiert, so dass ihr Abtransport nicht mehr ganz so leicht vonstatten geht. Die Reaktion der Behörden in solchen Fällen wiederum ist altbekannt, nämlich der Rückgriff auf zusätzliche Polizeipatrouillen und Videoüberwachung, welche diesen öffentlichen, zentralen Platz nun vom Zugriff der lokalen Bevölkerung schützen sollen. Eine Absurdität, die der kapitalistischen Stadtentwicklungslogik entspringt. Ermutigend, dass einige rund um den exilierten Karneval die Möglichkeiten nutzten, um der Polizei ein Willkommensgruss à la La Plaine auszurichten und sie angriffen.

Aktuell ist dieser Platz also eine grosse, gut bewachte Baustelle und die sozialen Treffpunkte haben sich verlagert, bis er wieder vollständig freigegeben wird. Es ist unklar, was letztlich wirklich anders sein wird als zuvor. Bei den behördliche Plänen klaffen Theorie und Praxis ziemlich auseinander. Was sich als ziemlich sicher abzeichnet, ist, dass der künftige Charakter des Markts auf dem Platz verändert werden soll. Denn im benachbarten Quartier Noailles hat die Stadt einen vormals wilden und lauten Markt nachhaltig befriedet. Markstände kommen dort nun mit immergleichen sandfarbenen Schirmen einheitlich reglementiert daher, Dreck wird zur Seite gewischt und MarktschreierInnen sind nun Marktflüsterer. Ähnliches hat die Stadt für La Plaine im Sinn.

Verwahrlosung – einstürzende Häuser

Diese Episoden der Aufwertung in Marseille sind illustrativ für die bekannte Parole, dass Aufwertung im Kapitalismus immer auch Vertreibung heisst. Doch die Stadtentwicklung in Marseille kriegt eine zusätzliche mörderische Qualität dadurch, dass die Behörden nicht nur systematisch an einigen Orten investieren, sondern an anderen Orten sehr bewusst nichts tun und bewohnte Häuser dem Zerfall überlassen. In Noailles stürzten im November 2018 zwei Häuser ganz ein, ein drittes teilweise. Acht der BewohnerInnen starben in den Trümmern der Häuser, die längst als baufällig bekannt waren. Ein Journalist hatte bereits 2016 darauf hingewiesen, dass diese unbewohnbar seien. Eines davon wurde gar kurzzeitig zwangsgeräumt, doch die Stadt erhörte die Klagen der Hausbesitzer (welche selbstredend nicht im Haus selber wohnten) und erklärte sie schnell wieder für sicher und bewohnbar.

Während also am einen Ort viel getan wird, um Plätze entgegen den Bedürfnissen der Anwohnenden umzubauen, wird anderorts weggeschaut, wenn die HausbesitzerInnen ihre Häuser vergammeln lassen. Sie tun dies, um kurzfristig möglichst viel Profit zu erwirtschaften, ohne zu investieren, und um langfristig das Haus-wenn es vollends unbewohnbar geworden ist und abgerissen werden muss – mit einem Neubau zu ersetzen, welches dann im frisch «aufgewerteten» Quartier teurer an neue BewohnerInnen vermietet werden kann. Treffend sagen Leute im Quartier zu diesem Einsturz: Das war kein Unglück, das

UNVERÖFFENTLICHTE NACHRICHTEN

Feuer bei AMAG

Wir haben heute, am 5.9.2019, bei der AMAG in Bern-Wankdorf Feuer gelegt. Die AMAG ist der Hauptimporteur von VW-Fahrzeugen in der Schweiz. VW hat vor kurzem entschieden, ein grosses Werk in der Türkei zu bauen. Damit wird eine unterstützende Haltung gegenüber der türkischen Regierung bekräftigt, welche Rojava angreift. In dieser Kette der Unterstützung der Türkei hängt die AMAG mit drin – darum haben wir sie angegriffen.

Ungefähr Ende September 2019 sollen die Verträge unterschrieben werden, wonach VW ein Werk in der Türkei bei Izmir bauen und betreiben will. Dieser Vertrag ist ein klares Bekenntnis zum ökonomischen und politischen Schulterschluss zwischen Deutschland und der Türkei. Denn in den Jahren zuvor gab es verhältnismässig weniger Kapitalexport in die Türkei aus der Europäischen Union als sonst. Die unsichere politische und ökonomische Lage in der Türkei, ängstigte europäische Investoren und beschränkte damit den Kapitalzufluss. An dieser Lage hat sich in der Zwischenzeit wenig geändert (selbst bürgerliche Medien berichten über das unsichere Investitionsklima), und so ist die Bedeutung dieses Vertrags umso grösser. Er markiert einen erneuten Positionsbezug für die türkische Regierung und ist damit Ausdruck der strategischen Allianz zwischen der Türkei und Deutschland.

Es geht für Deutschlands herrschende Klasse schlicht auch um zu viel, als dass man diese Allianz auflösen könnte. Einerseits in Bezug auf den «Flüchtlingsdeal», bei welchem die Türkei als Bollwerk an den Grenzen der EU wirken soll, um die unliebsame Ströme der Migration und Flucht aufzuhalten. Immer wieder wird aus der Türkei unverhohlen damit gedroht, dass dieser Deal einseitig gekippt werden könnte, wenn die EU nicht spure. Umgekehrt droht die EU ab und an damit, die Milliarden des Deals nicht zu überweisen - nur um die Überweisung dann letztlich eben doch zu bewilligen. Es gleicht einem Schmierentheater, wie die EU, Deutschland und die Türkei öffentlichkeitswirksam streiten, während die strategische Partnerschaft in Realität nicht angetastet wird. (...)

In diesem Kontext ist der Milliardendeal von VW zu sehen. Als ein Mittel, um sich gegenseitig der Partnerschaft zu versichern und gleichzeitig langfristige Abhängigkeiten zu schaffen, damit keiner der beiden Akteure ein Interesse daran haben kann, die Partnerschaft zu einem späteren Zeitpunkt aufzulösen. Du gibst mir das, ich gib dir das. Logisch, dass VW sich dabei beste Ausbeutungsbedingungen herausbedungen hat, so dass beispielsweise die ArbeiterInnen in der Fabrik sich nicht organisieren dürfen. Wenn schon Profit, dann richtig. (...)

Rund um Rojava versucht die Türkei aktuell sich festzusetzen (etwa durch eine militärische Besetzung von weiten Teilen des Nordiraks und Bombardements in den Kandilbergen), um die Revolution einzukesseln. Die Bedrohung von aussen stärkt die reaktionären Kräfte im Inneren Rojavas wie die Schläferzellen des «Islamischen Staats», welche sich (ideologisch und logistisch) ermutigt sehen, mittels Sabotage und Anschlägen die Gesellschaft zu destabilisieren. Es reicht, sich die Bilder aus dem vormaligen «Kalifat» oder dem heute besetzten Afrin zu vergegenwärtigen, um die Barbarei aufzuzeigen, welche droht, falls diesen Kräften die Machtergreifung (erneut) gelingen würde. Dem gegenüber steht dort die politische und militärische Organisierung der ganzen Gesellschaft, um Rojava gegen innere wie äussere Feinde zu verteidigen. Dem gegenüber steht die unbeugsame Widerstandskraft der Guerilla, die dem türkischen Staat in den kurdischen Bergen und vermehrt auch in den westtürkischen Sonderwirtschaftszonen schmerzhafte Gegenschläge zuführt. Und dem gegenüber stehen hier Gesten der internationalen Solidarität mit Rojava wie dieser Angriff.

Wir stehen weiter Schulter an Schulter mit den GenossInnen vor Ort und schicken ihnen Kraft und Wärme in ihrem Kampf für eine freie Gesellschaft!

Hoch lebe die internationale Solidarität! https://www.barrikade.info/article/2582

INTERVIEW

«Die Gefahr, dass der private Sektor politische Macht einfordert, ist mit dieser Verfassung kaum gegeben, das Ziel bleibt der Kommunismus.»

Gespräch mit einem Genossen, der seit mehreren Jahren auf Kuba lebt, über die neue Verfassung, verschärfte Sanktionsbedingungen und internationale Solidarität.

(gpw) Seit Februar 2019 hat Kuba eine neue Verfassung. Diese wurde nach einem Entwurf, den das Parlament erarbeitet hatte, breit in der Bevölkerung diskutiert. Wie hast du diese Diskussionen erlebt?

Dem Aushandlungsprozess konnte man sich definitiv nicht entziehen. Es gab sehr viele Versammlungen, sei dies am Arbeitsplatz, in den Nachbarschaftsversammlungen und natürlich in den verschiedenen Massenorganisationen. Bei diesen Versammlungen konnte jede/r seine / ihre Einwände oder Bedenken einbringen. Ich war an den Versammlungen in meinem Quartier dabei. Das Viertel, in dem ich wohne, zeichnet sich nicht als besonders politisch aktiv aus und ich war gespannt zu sehen, wie viele kommen werden. Schliesslich kam mehr als die Hälfte der EinwohnerInnen. Ich war positiv überrascht wie gut vorbereitet die Leute an die Versammlung kamen. Es gab dadurch tiefgründige Diskussionen. So kamen im ganzen Land tausende Vorschläge zusammen, die zu einer Veränderung von 60 Prozent des Verfassungsentwurfs führten. Ich denke, dass dank diesen Diskussionen auch die Wahlbeteiligung so hoch lag (84.4%) und die neue Verfassung so deutlich angenommen wurde (86.8%).

Wurde der Sozialismus in Frage gestellt?

Bei der Versammlung, bei der ich war, geschah dies nicht. Es wurde aber eine Statistik publiziert, welche Änderungsvorschläge wie oft eingebracht wurden. Die Themen «Mehrparteiensystem» und «Abschaffung des Sozialismus» wurden zwei- bis dreihundertmal genannt.

Mit der neuen Verfassung wird auch mehr private Wirtschaft zugelassen, sprich mehr Kapitalismus möglich.

Alle Wirtschaftszweige in denen es Privatwirtschaft gibt, wie beispielsweise Coiffeure, kleine Restaurants etc., sind seit dem Sieg der Revolution faktisch privat ausgeführt worden. D.h. mit der neuen Verfassung wurden diese Betriebe formalisiert und legalisiert. Es war eine Anpassung an die Realität. Dadurch kamen aber auch wichtige arbeitsrechtliche Fragen auf. Die BesitzerInnen von Betrieben haben nun auch stärkere Pflichten. Wichtig ist nicht zu vergessen, dass von der kubanischen Wirtschaftskraft der private Sektor nur 15-20 Prozent erwirtschaftet. Schlüsselindustrien bleiben staatlich, es gibt keine Produktionsmittel, die in privaten Händen sind. Die Gefahr, dass der private Sektor politische Macht einfordert, ist mit dieser Verfassung kaum gegeben, das Ziel bleibt der Kommunismus. Ein Restrisiko bleibt aber natürlich bestehen.

In Europa sind die Frauen- und Klimabewegung momentan prägend. Kannst du etwas zur neuen Verfassung in Bezug auf diese Themenfelder sagen?

In der neuen Verfassung wurde der Kampf gegen den Klimawandel als eines der wichtigsten Themen bestimmt. Dies auch vor dem Hintergrund, weil Kuba besonders davon betroffen ist. Dazu muss man festhalten, dass Kuba das einzige Land der Welt ist, das die Klimaziele der Vereinten Nationen erfüllt hat. Im Verhältnis zur ökonomischen Entwicklung und der ökologischen Bilanz steht Kuba sehr gut da.

Bezüglich Frauenkampf gab es beispielsweise ein Dekret, das Sexismus in der Kunst verbietet. Dies hat starke Auswirkungen auf die Musik wie den Reggaeton. Auch gegen den Sexismus im Alltag gibt es immer wieder Kampagnen, aber der Machismo ist in Kuba stark verankert. Das wird noch Jahrzehnte dauern.



Der US-Imperialismus zieht die Schraube gegen Kuba an.

Kommen wir zur Blockade gegen Kuba. Trump hat als erster Präsident den dritten Teil des sogenannten Helms-Burton-Acts aktiviert. Das Gesetz ermöglicht es US-Bürgern gegen Firmen und Privatpersonen vor US-Gerichten zu klagen, die Eigentum nutzen, das 1959 enteignet worden war.

Viele dachten, dass nach der Annäherung der USA an Kuba die Blockade bald aufgehoben würde. Die Entschärfungen, die es gab, hat Trump nun rückgängig gemacht und die Schraube sogar noch weiter angezogen. Dieser Teil des Helms-Burton-Gesetzes wurde bisher von allen US-Präsidenten aufgehoben, selbst von Georg W. Bush. Ein Beispiel was nun passiert: Viele Schulen sind in Gebäuden oder Villen, die vor der Revolution irgendwelchen Bonzen gehört haben. Deren Kinder können nun in den USA klagen und sich das Gebäude wieder zurückholen. Solange Kuba jedoch seine Souveränität verteidigt, können sie das in der Realität natürlich nicht. Ein Problem gibt es bei ausländischen Firmen, wie beispielsweise Hotelketten, die Joint Ventures mit dem kubanischen Staat haben. In der Nähe von Holguín zum Beispiel gibt es ein grosses Hotel, das früher einem Grossgrundbesitzer gehörte. Dieser hat bereits in den USA geklagt und zwar gegen die Hotelkette, die das Hotel zusammen mit dem kubanischen Staat betreibt. Das Problem ist nun, dass sie das Hotel ja nicht einfach konfiszieren können, aber sich können am Firmensitz der Hotelkette klagen und Schadensersatzforderungen stellen. Prekärer ist es für Firmen, die auch in den USA wirtschaften. Wenn sie die Busse nicht bezahlen, könnten sie in den USA enteignet werden.

An einem solchen Gesetz haben andere Staaten kaum ein Interesse, insbesondere diejenigen, die in Kuba Geld investiert haben. Die EU möchte doch ihre Interessen und ihre Firmen schützen.

Das ist richtig. Die EU hat die Aktivierung des Gesetzes auch schnell und heftig verurteilt. Sie hat sogar gedroht, US-Besitz in der EU zu enteignen. Das ist eine sehr offensive Reaktion, jedoch glaube ich nicht, dass tatsächlich Taten folgen würden.

Was sind die konkreten Auswirkungen für Kuba?

Einerseits kommt weniger ausländisches Kapital auf die Insel. Gleichzeitig hat Trump ja nicht nur diesen dritten Teil dieses Gesetzes aktiviert. Er hat auch verboten, dass Kreuzfahrtschiffe, die auf Kuba anlegen, danach in den USA anlegen dürfen. In Kuba ist es vor allem der Tourismus, der die wichtigen Devisen mitbringt. Das führt zu Problemen für alle, viele Kubaner sind direkt oder indirekt vom Tourismus abhängig. Sogar Handelsschiffe sind von dieser Regelung betroffen, d.h. wenn sie in Kuba anlegen, können sie danach nicht in die USA.

Diese Verschärfungen richten sich nicht nur gegen Kuba. Im Moment wird vor allem auch Venezuela stark vom US-Imperialismus angegriffen. Die US-Administration sprach von einer «Troika der Tyrannei», der Nicaragua, Venezuela und Kuba angehören soll.

Diese Bezeichnung ist eine unglaubliche Provokation. Vor allem wenn man sich veranschaulicht, was Kuba in der Welt an Solidaritätsarbeit leistet. Kuba lebt nicht die Philosophie «wir teilen was wir zu viel haben» sondern «wir teilen was wir haben». Kuba schickt Ärzte in die halbe Welt, bei den Ebola-Ausbrüchen in Afrika konnte man das gut beobachten. Das Projekt «Milagro» (Wunder) heilte sechs Millionen Menschen vom grauen Star. Viele Studenten können gratis in Kuba studieren und so weiter und so fort. Vor diesem Hintergrund ist diese Aussage unglaublich dreist. Das politische Kalkül dahinter ist unschwer zu erkennen: Der Imperialismus schafft es nicht, die kubanische Revolution zur Strecke zu bringen. Nun versucht er die Länder, die mit Kuba solidarisch sind, zu Fall zu bringen und hofft, dass Kuba dann auch fällt.

Wie wird der Machtkampf in Venezuela in Kuba wahrgenommen und diskutiert?

Kuba ist solidarisch mit Venezuela, das ist ganz klar. Das Aussenministerium erkennt, dass das was in Venezuela abläuft, Einfluss auf die ganze Region hat. Es gab grosse Mobilisierungen gegen eine Intervention in Venezuela. Praktisch versucht man Venezuela zu helfen, so gut wie das eben möglich ist. So sind viele Ärzte in Venezuela im Einsatz, ca. 30'000, im Tausch für Erdöl. Auch wird versucht, eigene internationale Strukturen zu stärken, wie beispielsweise die linke «Bolivarische Allianz für Amerika», die im ökonomischen Bereich auf Tausch und nicht auf Handel setzt. Kuba ist aber ein kleines Land, besitzt keine grosse Industrie und kann daher nur begrenzt Hilfe leisten.

Wenn wir uns in der Schweiz mit Kuba und Venezuela solidarisch zeigen wollen: Was können wir tun?

Wie auch schon in der Vergangenheit, ist es für Kuba enorm wichtig, dass fortschrittliche Kräfte immer wieder die Blockade und den US-Imperialismus anprangern. In den 1990er Jahren stand die humanitäre Hilfe im Zentrum. Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Ostblocks stürzte Kuba in eine schwere, existenzielle Krise. Damals kamen Materialspenden eine grosse Bedeutung zu. Heute ist es viel wichtiger, sich politisch zu Kuba zu bekennen und sich mit Kuba zu solidarisieren.



Über Dreiviertel der Kubanerinnen und Kubaner stimmten der neuen Verfassung zu.





Transparente für die Freiheit baskischer politischer Gefangener und Geflohener an einem Dorffest

REPRESSION

Solidarisch mit den Solidarischen

Im September beginnt vor dem spanischen Sondergericht Audiencia Nacional der dreimonatige Makroprozess 11/13 gegen 47 Personen. Sie haben sich organisiert mit den baskischen politischen Gefangenen und Geflohenen solidarisiert, und das soll hart abgestraft werden. Wir haben mit einer der angeklagten Personen gesprochen.

(az) Der spanische Staat verlangt die bedingungslose Unterwerfung. Wer dem Kampf nicht abschwört, wird kriminalisiert, auch wer legale, offene Solidaritätsarbeit leistet. Die 47, die unter dem Motto «Wir würden es wieder tun!» für die politische Legitimität der Solidaritätsarbeit kämpfen, stehen unter strenger Aufsicht, weshalb das Interview mit Vorsicht und anonymisiert gemacht wurde.

Wer seid ihr?

Wir sind 47 Personen aus der organisierten Solidarität mit den baskischen politischen Gefangenen und Geflohenen. Viele gehören Herrira an, einer 2012 gegründete Initiative zur Verteidigung der Rechte der baskischen politischen Gefangenen und Geflohenen. Einige waren Kontaktpersonen zwischen dem Gefangenenkollektiv und den sozialen Kräften draussen. Einige sind Anwält_innen oder Fachpersonen der Vereinigung Jaiki Hadi, die sich um die medizinische und psychologische Unterstützung von Gefangenen, Geflohenen und Ex-Gefangenen kümmert und einige gehören zur Angehörigenorganisation Etxerat.

Warum wird die Solidarität mit den Gefangenen kriminalisiert?

2011 hat ETA ihre bewaffnete Aktivität beendet, und es gab Schritte Richtung einer Konfliktlösung. Das baskische politische Gefangenkollektiv führte intensive Debatten, wie es sich gegenüber dem neuen Szenario verhalten will. Ein Ziel der Repression war es, das Kollektiv zu isolieren und diese Debatte zu torpedieren. Gleichzeitig nahmen die Mobilisierungen für die Rechte der baskischen politischen Gefangenen auf der Strasse zu, es gab einige richtig starke Grossdemonstrationen. Dass neue soziale Kräfte sich für die Gefangenen und die Lösung des Konflikts engagierten, kam dem spanischen Staat nicht gelegen. 2013 folgte das Urteil des Den Haager Gerichtshofs, welches die «Doctrina Parot» kippte, mit welchem der spanische Staat abgesessenen Haftstrafen weiter hatte verlängern können, weshalb viele baskische politische Gefangene freikamen. Die Solidarität mit den Gefangenen anzugreifen, ist als Akt der Rache zu verstehen und als Versuch, den Willen einer Mehrheit der baskischen Bevölkerung zu neutralisieren.

Warum kommt ihr alle zusammen vor Gericht, und wie lautet die Anklage?

Dass wir zusammen verurteilt werden sollen, ist eine Strategie des spanischen Staates. Sie haben Leute aus unterschiedlichen Solidaritätsorganisationen verhaftet und behaupten, dass wir gemeinsam die Gefängnisfront der ETA bilden. Unsere Gemeinsamkeit ist einzig unsere Solidarität mit den Gefangenen, aber die spanische Justiz funktioniert so. Die Anklage lautet für alle: Aktive Teilnah-

me in einer terroristischen Vereinigung sowie fortgesetzte Verherrlichung des Terrorismus. Bei einigen kommt Finanzierung von Terrorismus dazu. Es werden hohe Haftstrafen zwischen 8 und 20 Jahren gefordert. In meinem Fall 13 Jahre.

Wie interpretiert ihr diese Anklage?

Die Interpretation müsst ihr in den Köpfen des Untersuchungsrichters und des Staatsanwaltes suchen. Wir wären eine wirklich merkwürdige terroristische Vereinigung, da wir unsere Tätigkeiten immer in der Öffentlichkeit durchgeführt haben. Zurück geht das alles auf den Untersuchungsrichter Garzon, der in den 1990er Jahren mit der Strategie «Alles ist ETA» jede Idee, Organisation und Person, deren Ziele jenen der ETA ähnlich sind, als «terroristisch» anklagbar gemacht hat, oder auch, wer Mitglieder von ETA in der Verteidigung ihrer Rechte unterstützt hat.

Die Gefangenen sind Symbol für eine Geschichte von Kampf und Widerstand. Geht es darum, diese Geschichte auszulöschen?

Die Gefangenen sind mehr als ein Symbol. Sie sind die lebende Erinnerung daran, dass dieser Teil des Konflikts nicht gelöst ist. Der spanische Staat möchte die Gefangenen isolieren, sich an ihren rächen. Ihre Moral soll zerstört werden, indem sie mit besonders harten Haftbedingungen bestraft werden. Und jede_r wird angegriffen, der/die dies öffentlich macht.

Wie ist eure Verteidigungsstrategie?

Unsere Strategie ist kollektiv. Wir denunzieren die Anklage. Es geht nicht um 47 Personen, es geht um einen Prozess gegen die Solidarität. Deshalb haben wir die Dynamik IrtenBidera (Auf den Weg) gegründet und das Motto 47ak Herrian (die 47 zu Hause) herausgegeben. Wir wollen die Gründe aufzuzeigen, für die wir verurteilt werden und die Situation der baskischen politischen Gefangenen anklagen, die sich in den letzten sechs Jahren kaum verändert hat. Viele Leute sind interessiert und beteiligen sich. In der ersten Septemberwoche sind Aktionstage geplant und am 14. September eine Grossdemonstration in Bilbo. Bis dahin finden lokale Aktivitäten statt. Wir haben ein gutes Gefühl.

Wie ist die aktuelle Situation der baskischen politischen Gefangenen?

Aktuell besteht das Kollektiv aus 253 Gefangenen, 209 im spanischen und 39 im französischen Staat. Einige sind nach langen Haftstrafen schwer erkrankt und müssten per Gesetz draussen sein. Prekär ist auch die Situation der gefangenen Frauen. Sie sind innerhalb des Kollektivs am stärksten isoliert und am weitesten vom Baskenland entfernt inhaftiert. Es gab einige individuelle Bewegungen für einzelne Gefangene, einige kleine Gesten, aber nur gerade fünf Gefangene befinden sich heute in baskischen Gefängnissen. Der Rest ist weiterhin über den spanischen Staat verteilt. In Iparralde (französisches Baskenland) hat sich dank dem grossen Engagement verschiedener sozialer Gruppen ein wenig mehr bewegt. Für eine Veränderung

braucht es eine starke gesellschaftliche Mobilisierung. Das wird noch viel Arbeit bedeuten, aber wir sind dran.

Wie war die Repressionswelle gegen die Solidaritätsbewegung von 2013 bis 2015?

Als erstes war Herrira betroffen. 2013 wurden 18 Personen durch die Guardia Civil verhaftet und anschliessend unter juristischen Auflagen provisorisch wieder freigelassen. 2014 wurden 8 Personen verhaftet, welche für den Kontakt zwischen dem Gefangenenkollektiv und draussen verantwortlich waren. Diese sassen bis zu drei Jahren in Untersuchungshaft. 2015 wurden erneut vier Mitglieder von Herrira verhaftet, sowie 12 Anwält_innen von baskischen politischen Gefangenen und vier Mitglieder von Jaiki Hadi und Etxerat.

Wie hast du die Repression erlebt?

In meinem Fall beginnt die Verfolgung schon früher. Ich war sehr jung politisch aktiv und wurde 2010 im Rahmen der Repression gegen die baskische revolutionäre Jugendorganisation SEGI verhaftet¹. Ich habe Folter und Haft erlebt, auch die Dispersionspolitik, das Verlegen baskischer politischer Gefangener in möglichst weit vom Baskenland entfernte Knäste. Nach zwei Jahren Untersuchungshaft kam ich provisorisch frei, und anderthalb Jahre später wurde ich wegen meiner Aktivität in Herrira erneut verhaftet. Es klingt paradox, aber obwohl ich dann nur einen Tag festgehalten wurde, hatte ich Suizidgedanken und konnte mich erst mit einer Psychotherapie wieder davon erholen. Seither bin ich nicht mehr gleich aktiv. Ich habe Angst und möchte so etwas nicht mehr erleben. 2014 war der Prozess gegen SEGI, und 2015 wurde ich freigesprochen. Das war eine grosse Erleichterung.

Arbeitet ihr trotz der Anklage weiter in der Solidarität mit den Gefangenen?

Für viele von uns ist dies nicht mehr möglich, denn eine Bedingung für unsere provisorische Freilassung war das Verbot der Teilnahme an Aktivitäten für die Gefangenen. Nur die Anwält_innen und die Fachleute von Jaiki Hadi können ihre Arbeit unter starker Kontrolle weiter verriehten.

Was ist das Wichtigste in der Solidarität mit den Gefangenen?

Alles ist wichtig und nötig. Wenn sie die Solidarität vernichten wollen, müssen wir sie verdoppeln. Briefe schreiben, Besuche organisieren, Aktivitäten veranstalten, alles, was möglich ist. Ich danke euch, dass wir unsere Situation bekannt machen können. Mehr Informationen findet ihr auf unserer Homepage www.11-13makroepaiketa.eus. Wir brauchen jede politische und ökonomische Solidarität.

¹ Im Aufbau Nr. 53 haben wir über die baskische Jugendbewegung und im Aufbau Nr. 60 und Nr. 61 über die Repression gegen die baskische revolutionäre Jugendorganisation SEGI berichtet.



Vivek Chibber: «Postkoloniale Theorie und das Gespenst des **Kapitals**»

2013 erschien Vivek Chibbers Auseinandersetzung mit postkolonialen Theorien erstmals auf Englisch. Dank Christian Frings hervorragender Übersetzung existiert das Werk seit gut einem Jahr auch auf Deutsch. Der Titel des Buches ist allerdings irreführend. Chibber führt seinen Angriff weniger gegen die umfassend gewordene Theorie des Postkolonialismus, sondern gegen deren Ursprünge in den 1980er Jahren, insbesondere gegen die Subaltern Studies Group und deren Vertreter Ranajit Guha, Dipesh Chakrabarty und Partha Chatterjee. Die argumentative Grundlage der Subaltern Studies Group liegt in ihrer Ablehnung eines Universalismus. Sichtbar wird dies beispielsweise in der Abkehr von marxistischen Analysekategorien. Der Marxismus biete zwar eine interessante Perspektive auf die europäische Geschichte, so sind sich die Vertreter-Innen der Subaltern Studies Group einig, allerdings stellen sie infrage, ob dieser auch fähig ist, andere Regionen dieser Welt angemessen zu beschreiben. Insbesondere die indische Geschichte sehen die frühen Postkolonialisten als Sonderweg und fürchten, dass eingeschränkte Perspektiven das Land nur unter europäischem Blick zu beurteilen vermögen. Chibber befasst sich intensiv mit den Argumenten und Beispielen der Subaltern Studies Group und beweist das Gegenteil. Es ist sehr wohl möglich, die indische Geschichte mit marxistischen Kategorien zu analysieren – sowohl in ihren Anfängen als auch heute. Dabei geht es Chibber nicht um eine rigorose Verallgemeinerung. Sehr wohl gibt es zahlreiche regionale Unterschiede. Chibber weist allerdings zweierlei nach. Erstens besitzen die marxistischen Analyseinstrumente bis heute ihre Gültigkeit, insbesondere die im Kapital vollbrachte Analyse ökonomischer Verhältnisse. Zweitens laufen postkoloniale Ansätze Gefahr den Orientalismus zu reproduzieren, dem sie eigentlich dem Kampf angesagt haben, indem sie mit Indien ein künstliches Anderes erschaffen, das durch seinen vermeintlichen Sonderweg mythologisch aufgeladen wird. Chibber Werk hätte nicht eine solche Aufmerksamkeit erhalten, ginge es darin nur um eine Debatte über die Geschichtsschreibung Indiens. Chibber greift mit seinem Buch den radical chic eines in den Akademien dominant gewordenen Theorieströmung an, deren methodische Grundlagen sich als äusserst fragwürdig erweisen. Negativ zu vermerken ist einzig die Langatmigkeit des Werkes. Unzählige Seiten vergehen für den genauen Nachweis, wie verschiedene Ereignisse der indischen Geschichte zu analysieren seien. Damit arbeitet sich Chibber Schritt für Schritt am postkolonialen Kanon ab. Was für interessierte Personen äusserst spannend ist, kann für jene, die nur Argumente in einer aktuellen Debatte suchen, mühsam sein. Nichtsdestotrotz lohnt sich das Werk für all iene, die in aktuellen Diskussionen um Postkolonialismus und Identitätspolitik mitdiskutieren wollen.

Chibber, Vivek: Postkoloniale Theorie und das Gespenst des Kapitals. Dietz Verlag. Berlin, 2018.



Eddo Lodge: «Warum ich nicht länger mit Weissen über Hautfarbe spreche»

Reni Eddo-Lodges Buch «Weshalb ich mit Weissen nicht mehr über Hautfarbe spreche» wurde 2018 vom britischen BuchhänderlerInnen-Verband zum einflussreichsten Buch gekürt, das je von einer Frau geschrieben worden sei. Ob dem so ist, sei dahin gestellt und wird die Zeit zeigen. Bestimmt aber trifft es einen Nerv der Zeit. In der Begründung führte der Verband aus, dass Eddo-Lodge Streitpunkte wie Rasse und Klasse anspreche, welche von politischen AkteurInnen oft willentlich oder unbewusst unterschlagen würden. Und wie die breite Resonanz zeigt: Der essayistische Text behandelt Themen, die viele LeserInnen bisher in der Literatur vermisst

Es geht um persönliche Erlebnisse, aber auch um Frauenkampf, Klassenkampf und Geschichte – jeweils unter dem Aspekt von Rassismus, oder präziser: Strukturellem Rassismus. «`Strukturell` ist oft der einzige Weg, um zu beschreiben, was sonst nicht bemerkt wird – die still hochgezogenen Augenbrauen, die impliziten Vorurteile (Biases), Schnappurteile, gemacht in der Auffassung, zu selchen fähig zu sein», so die Autorin. Die Erfahrung, dass Weisse auf das Aufzeigen von strukturellem Rassismus nicht mit Verständnis und Einsicht, sondern mit Verleugnung, Aggression und Grenzüberschreitungen reagieren, zieht sich wie ein roter Faden durchs Buch. Was dann dazu führe, dass People of Colour – statt strukturellen Rassismus anzuprangern – aus Angst vor der Reaktion lieber schweigen. Eddo-Lodges Verdienst ist es, sich nicht auf den offensichtlichen Rassismus zu beschränken und aufzuzeigen, dass dieser nicht erst anfängt, wo Reaker «Ausländer raus!» schreien, sondern auch gegen die Ideologie der Farbenblindheit anzuschreiben, also gegen jene, die meinen, selber völlig frei von Rassismus zu sein. Insbesondere «aufgeklärte» Liberale betrachten sich gerne als farbenblind, wobei sie das von oben herab tun, worin sich tatsächlich Rassismus und Klassenhass ausdrückt. Aus marxistischer Sicht kann eingewendet werden, dass Eddo-Lodge Rassismus nicht als Folge der Produktionsweise begreift oder im allgemeinen nicht viel über Produktionsweisen spricht oder zu wissen scheint. Allerdings kommt der Bekämpfung von Rassismus, der ein hauptsächliches Element zur Spaltung der Klasse ist, im Klassenkampf eine immens wichtige Rolle zu, was den Text auch für KommunistInnen lesenswert macht.

Eddo-Lodge widmet sich dem Thema, erfrischend angriffig und persönlich und weil die Autorin Britin ist, ausnahmsweise eine Stimme nicht aus den USA, sondern aus Europa und dadurch näher an unserer Realität.

Eddo-Lodge, Reni: Warum ich nicht länger mit Weissen über Hautfarbe spreche. Tropen Verlag. Berlin, 2019.



Rafael Lutz: «Heisse Fäuste im Kalten Krieg, Antikommunistischer Krawall beim Bahnhof Enge 1957»

Im Jahre 1957, ein Jahr nach dem Ungarnaufstand, erreichte die antikommunistische Hetze in der Schweiz einen ihrer Höhepunkte. Als am 11. August 1957 der Zug mit den Schweizer Teilnehmenden von den Weltfestspielen in Moskau um 22.25 Uhr den Bahnhof Enge erreichte, stand eine Vielzahl von grösstenteils rechtsbürgerlichen Antikommunist-Innen bereit, um den «Landesverrätern» eine Abrechnung zu erteilen. Die Teilnehmenden – die sich bereits im Vorfeld Schikanen und Überwachung von Seiten des Staates und der Chefs ausgesetzt sahen -wurden angegriffen, verprügelt und mit Waffen bedroht. Gepäckstücke wurden geplündert und verbrannt. Eine Teilnehmende wurde einer Scheinexekution unterzogen, indem man sie ans Zuggleis drückte und erst kurz vor Weiterfahrt der Eisenbahn wieder

Diese gewalttätigen Ereignisse sind im Kontext von wochenlanger Hetze der bürgerlichen Presse gegen die Weltfestspiele in Moskau und insbesondere gegen die Teilnehmenden aus der Schweiz zu sehen. Der Fichen-Apparat lief in dieser Zeit bereits auf Hochtouren und ein «Skandal» diesbezüglich lag noch in weiter Ferne. Und auch die Berichterstattung nach den Ereignissen sprach Bände: Die Luzerner LNN schrieb davon, dass bedauerlicherweise auch ein unbeteiligter Ausländer sowie ein schweizerisches Ehepaar fälschlicherweise Schläge erhalten hatten; die NZZ kommentierte, dass die unbelehrbaren Reisenden einen Denkzettel erhalten hätten. Das Buch «Heisse Fäuste im Kalten Krieg» fasst den antikommunistischen Zeitgeist der Fünfzigerjahre auf und verbindet ihn mit einer akribischen Beschreibung der Geschehnisse vom 11. August 1957, als die Presse und der rechtsbürgerliche Mob Hand in Hand gingen. Man könnte sagen «damals wie heute», wenn auch unter anderen - noch klarer ideologischeren – Vorzeichen.

Lutz, Rafael: Heisse Fäuste im Kalten Krieg, Antikommunistischer Krawall beim Bahnhof Enge 1957. Limmat Verlag. Zürich, 2019.

KUNST

Stell dir vor es ist Kunst und keiner sieht hin

Diesen Sommer sorgte der in der Tagespresse geäusserte Verdacht, das Kunsthaus Zürich stelle ein fälschlicherweise dem italienischen Renaissancemaler Tizian zugeschriebenes Gemälde aus, für einigen Wirbel im bürgerlichen Kulturbetrieb. Ereignisse wie dieses verdeutlichen, dass die Bourgeoisie in der Kunst nichts als die Repräsentation von Reichtümern zu sehen imstande ist.

(agkkzh) Wer im madrilenischen Museo Reina Sofia vor der Guernica steht, diesem Ölgemälde von allein schon imposanter Grösse, kommt nicht umhin, die Schrecken der faschistischen Bombardements während des spanischen Bürgerkriegs am eigenen Leib zu spüren. Im Angesicht dieses sinnlichen Erlebnisses, dem Mitgefühl mit den Opfern des Bombenterrors und der Solidarität mit Allen, welche den faschistischen Kräften Widerstand leisteten und heute noch leisten, gerät die Frage nach Authentizität und Autorenschaft des Werks unweigerlich in den Hintergrund. Im Augenblick der Betrachtung ist das Gemälde von der Betrachterin vereinnahmt, Teil ihrer Realität geworden, durch ihre Rezeption verändert und so zu ihrem persönlichen Werk geworden. Im Moment der Betrachtung ist die Vorstellung, dass dieses Gemälde jemandes Eigentum ist, schlicht Absurd.

Trotz der Absurdität dieser Vorstellung ist Kunst in der bürgelichen Gesellschaft Privateigentum und als solches eine Repräsention von Reichtum. An diesem Punkt wird auch die Frage nach Authentizität und Autorenschaft eines Gemäldes relevant. Während für die Betrachterin allein ihre emotionale Reaktion auf das Werk massgebend ist und es im Prinzip keine Rolle spielen sollte, wer wann die Farbe auf die Leinwand aufgetragen hat, so spielt für die Besitzerin dessen Wert die zentrale Rolle. Dieser Wert konstituiert sich mitunter dadurch, dass es sich um ein Original handelt. Wird der Wert allein darin gesehen, findet eine Art künstlicher Verknappung statt, aufgrund derer sich der Wert erhalten kann. Denn von Wert ist nicht die Idee, sondern allein das Material, dessen Authentizität einfach festgestellt werden kann. Nun gab und gibt es diverse Momente, in denen der bürgerliche Kulturbetrieb diese Vorstellungen herauszufordern versuchte und noch

Kunst ab Fliessband

Die New Yorker Factory, Wirkungsstätte des US amerikanischen Künstlers Andy Warhol, war in den 1960er Jahren Schauplatz einer Kampfansage an das bürgerliche Verständnis von Echtheit in der Kunst. Warhol kreierte Vorlagen seiner Werke, die er im Anschluss per Siebdruck beliebig oft kopieren konnte und stellte sich so in die fordistische Tradition der Fliessbandproduktion. Infolgedessen gestaltet es sich für KäuferInnen von Kunstobjekten schwierig, einen «echten» Warhol zu erstehen. Müsste man dazu die Druckvorlage kaufen? Und ist das erste Exemplar, welches gedruckt wurde, wertvoller als das Zweiundvierzigste? Warhol spielte bewusst mit diesen Fragen. So schuf er das Werk Thirty Are Better Than One. Dieses zeigt 30 Mal Leonardo Da Vincis Mona Lisa, was, nach Werktitel Warhols, dem Original definitiv überlegen sei, da die Quantität an Mona Lisen massiv erhöht wurde. Oft wählte Warhol simple, aus der Werbung bekannte, Motive für sein Schaffen. Dies kann, in Verbindung mit seiner Fliessbandproduktion, durchaus als Kritik am hyperkapitalistischen Zeitgeist verstanden werden.

Möbel für die Massen

Gut 40 Jahre vor den Bestrebungen Warhols, dem bourgeoisen Kulturbetrieb den sprichwörtlichen Spiegel vorzuhalten, betrieb die in Weimar gegründete Architektur- und Designschule Bauhaus Anstrengungen, Kunst und Design für die breite Bevölkerung verfügbar und erschwinglich zu machen. Im Rahmen von Architektur und Gestaltung sollte die Form der Funktion untergeordnet werden, Effizienz und Nützlichkeit standen im Vordergrund, verschnörkelte Aufmachung war verpönt. Infolgedessen wurde die industrielle Herstellung von funktionalen, langlebigen und bezahlbaren Gebrauchsgegenständen propagiert, deren Ästhetik sich auf ebendiesen Eigenschaften begründet. Prominentes Beispiel ist der von Marcel Breuer entworfene, allein aus Stahlrohren und Leder bestehende, Freischwinger. Auch hier ist die Frage nach dem Original müssig, da die Stühle aus einfachen Materialen industriell gefertigt wurden und so, aufgrund hoher Anzahl, als Investitionsobjekt uninteressant sein

Subversion an Hausfassaden

In der Gegenwart ist der britische Streetart-Künstler Banksy, dessen wahre Identität der Öffentlichkeit unbekannt ist, Beispiel eines Kunstschaffenden, der die bürgerlichen Vorstellungen des Kunstbetriebs immer wieder in Frage zu stellen weiss. Seine Graffitis erstellt er mit der Schablonenmethode. So sind diese, ähnlich Warhols Werken, im Prinzip beliebig oft reproduzierbar. Eines seiner bekanntesten Sujets, das Balloon Girl, zeigt ein kleines Mädchen, welches einen herzförmigen Ballon davonfliegen lässt. Als Streetart-Künstler, der in der breiten Offentlichkeit Anklang findet, schafft es Banksy, der Frage nach dem privaten Eigentum von Kunstobjekten ein neues Gewicht zu geben. Da er nicht im Besitz des Objekts, auf dem er sein Werk erstellt, ist, kann er dieses auch nicht verkaufen. Tatsächlich liegt der Tatbestand der Sachbeschädigung vor, wenn Banksy seinem Handwerk nachgeht. Implizit stellt jedes Werk seines Schaffens die Eigentumsverhältnisse im öffentlichen Raum infrage. Zudem nimmt Banksy oft Projekte in Angriff, welche explizit die Heuchelei und Absurdität des bürgerlichen Kunstmarkts aufzeigen. So wurden an einem Souvenirstand im New Yorker Central Park vor einigen Jahren Banksy Originale auf Leinwand zum Spottpreis von 60 Dollar pro Stück zum Verkauf angeboten. Die Aktion fand gerade mal einen Käufer. Das Werk per se scheint überhaupt keinen finanziellen Wert zu haben, die KäuferInnen in den Auktionshäusern zahlen allein für den Namen.

Kritik bleibt wirkungslos

Anhand der erwähnten Beispiele wird ersichtlich, dass es durchaus ExponentInnen des bürgerlichen Kulturbetriebs gibt, welche diesem gegenüber eine kritische Haltung einnehmen. Trotzdem zeigt sich, dass die Bestrebungen der aufgezählten Akteure keine Reformation des Kulturbetriebs zur Konsequenz hatten. Mittlerweile erzielen die Werke Warhols, trotz hoher Quantität, astronomische Summen auf den Kunstmärkten. Dasselbe gilt für Objekte des Bauhauses. Betreffend der Graffitis von Banksy werden, ohne das Einverständnis des Künstlers, Häuserfassaden abmontiert und in Auktionshäuser verfrachtet. In diesen Fällen gibt es keine rechtliche Handhabe, welche dies verhindern könnte, da Banksy nie im



Besitzt der von ihm bemalten Fassaden war. Es geht sogar soweit, dass der Kunstmarkt mit Subversion kokettiert und sich selbst als Förderer von kritischen Inhalten inszeniert, obwohl das Endziel, die Rendite, zu jedem Zeitpunkt klar ersichtlich bleibt. Jeglicher, aus dem Inneren der kapitalistischen Kunstproduktion stammende, Kritik wird durch gnadenlose Vermarktung die Zähne gezogen. Diese Praxis des internationalen Kunsthandels ist an Zynismus wohl kaum zu überbieten. Auf die Spitze getrieben wird das Ganze in Form von extraterritorialen Zollfreilagern. Gemäss Vermutungen der New York Times seien in solchen Einrichtungen mehr als 1.2 Millionen Gemälde, darunter ungefähr tausend Picassos (es handelt sich um den Urheber der Eingangs erwähnten Guernica), fernab den Blicken der Bevölkerung eingelagert. An diesem Beispiel wird der Charakter, den die Kunst in der kapitalistischen Gesellschaft annimmt, am deutlichsten, nämlich den eines reinen Investitionsobjekts.

Kunst jenseits kapitalistischer Verwertungslogik

Am Beispiel des bürgerlichen Kulturbetriebs zeigt sich, dass eine Reformation von Innen keine Perspektive darstellt. Solange kulturelles Schaffen privat angeeignet werden kann, wird die Kunst im wesentlichen blosse Investitionsobjekte schaffen. Dies geht bis zu dem Punkt, an dem Gemälde, der Öffentlichkeit unzugänglich, in Zollbunkern ihr Dasein fristen. Ein Verständnis von Kultur als etwas unabdingbar mit dem Menschsein verknüpftes, als etwas, was uns möglicherweise erst zu Menschen werden lässt und daher allen zugänglich sein muss, findet keinen Platz in der kapitalistischen Kulturvorstellung. Die revolutionäre Perspektive erhält so einen weiteren Aspekt der Dringlichkeit. Ein revolutionäres Bestreben legitimiert sich nicht allein dadurch, der Ausbeutung und Unterdrückung der ArbeiterInnenklasse ein Ende zu bereiten, sondern auch um einer Gesellschaft willen, in der die Kultur von ökonomischen Zwängen befreit ist und so letztlich den Menschen als kulturelles Wesen ernst nimmt und in seiner Entwicklung unterstützt.

IMPRESSUM Herausgeberinnen: Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich/Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org/Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org

Redaktion (red): Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs),

Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk),

Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk), Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj)

Redaktion und Vertrieb Schweiz: aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, PC-Konto 80-33638-5

Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU Basel: Bläsiring 86 (Parterre), Öffnungszeiten auf Anfrage, E-Mail: basel@aufbau.org Winterthur: Grenzstrasse 38, E-Mail: winterthur@aufbau.org Zürich: Meinrad-Lienertstrasse 15, im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus), jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

VERKAUFSSTELLEN Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich/Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur/Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4/Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern/Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern/Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen/Buchhandlung Waser, Rümelinsplatz 17, 4001 Basel/Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel. Deutschland: Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg/Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstraße 125, 70190 Stuttgart/Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D – 70199 Stuttgart-Heslach/Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn/Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg/Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43, 80799 München/Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin/Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.